

Script Rundschreiben Länder- und Marktinformationen

LMI_Nr. 9.docx

Länder- und Marktinformationen

Afrika

AFRIKA / ZOLL: Weg frei – aber nur zu 98%

SOMALIA / AUSSENHANDEL: Vollmitgliedschaft in der EAC

Amerika

ARGENTINIEN / ROHSTOFFE: Ein starker und langfristiger Partner

ARGENTINIEN / WIRTSCHAFT & POLITIK: Regierung wertet Peso stark ab

KOLUMBIEN / NAHRUNGSMITTEL: Neue „Strategische Partnerschaft“ mit China

USA / BAUINDUSTRIE: Gute Aussichten für Zulieferer

Asien/Ozeanien

CHINA / INTERNETDIENSTLEISTUNGEN: Wird TikTok Amazon gefährlich?

CHINA / KONJUNKTUR: Beijings Zorn geweckt

CHINA / RECHT: Praktische Erfahrungen

INDIEN / ELEKTRONIK: Produktion wird zum Teil verlagert

INDIEN / ENERGIEERZEUGUNG: Investitionsbedarf in Milliardenhöhe

INDONESIEN / MASCHINENBAU: Infrastrukturprogramm schafft Nachfrage

JAPAN / INVESTITIONEN: Entwicklungshilfe ermöglicht viele Bauprojekte

MONGOLEI / INVESTITIONEN: Netzwerke führen zum Erfolg

PHILIPPINEN / INFRASTRUKTUR: Modernisierung steht an

PHILIPPINEN / KONJUNKTUR: Korrektur nach unten

SINGAPUR / RECHT: Haager Zustellungsübereinkommen tritt in Kraft

Europa

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: Unternehmen sehen Geschäftsentwicklung in Brasilien optimistisch

DEUTSCHLAND / KONJUNKTUR: Großinsolvenzen nehmen um über 70% zu

DEUTSCHLAND / KONJUNKTUR: Unternehmen blicken mit großer Sorge auf 2024

DEUTSCHLAND / RECHT: Wozu ein Verhaltenskodex für Lieferanten?

EUROPA / BESCHAFFUNG: Weniger Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

EUROPA / KONJUNKTUR: OECD senkt Wachstumsprognosen für Euroraum weiter

EUROPA / ZOLL: EU verlängert das Schema allgemeiner Präferenzen

FRANKREICH / FORDERUNGSMANAGEMENT: Zahlungsverzögerungen nehmen deutlich zu

Osteuropa und Zentralasien

KASACHSTAN / INVESTITIONEN: Wirtschaftsleistung soll bis 2029 verdoppelt werden

KASACHSTAN / WINDENERGIE: COP28 trägt für Astana Früchte

KIRGISISTAN / KFZ: Brooks: „Deutschland muss das stoppen“

SERBIEN / INVESTITIONEN: Belgrader Regierung lockt Unternehmen

Naher Osten und mittlerer Osten

ÄGYPTEN / WIRTSCHAFT & POLITIK: Vorerst keine Kursfreigabe des Pfundes

SAUDI-ARABIEN / AUSSTELLUNGEN: Expo 2030 findet in Riad statt

SAUDI-ARABIEN / ENERGIEERZEUGUNG: Ambitionierte Ausbaupläne

Welt

WELT / KONJUNKTUR: Globaler Handel geht zurück – Containermenge im Roten Meer unter den Erwartungen

WELT / KONJUNKTUR: Globales Wirtschaftswachstum auf 2% im Jahr 2024 revidiert

WELT / LOGISTIK: Wasserstand des Panamakanals und dessen Auswirkungen

WELT / RECHT: Praxiswissen: Factoring

WELT / WIRTSCHAFT & POLITIK: Reformierung der Investitionsabkommen notwendig

Anleitung:

Herausgeber

Bundesverband des

Deutschen Exporthandels e.V.

Am Weidendamm 1A

10117 Berlin

Telefon 030 72 62 57 90

Telefax 030 72 62 57 99

E-Mail

contact@bdex.de

Internet

www.bdex.de

AFRIKA / ZOLL: WEG FREI – ABER NUR ZU 98%

Beijing hat sechs afrikanischen Ländern den zollfreien Zugang für 98% der Produkte gewährt, die auf den riesigen chinesischen Markt gelangen, berichtet „South China Morning Post“. Davon sollen vor allem Agrarimporte vom afrikanischen Kontinent profitieren.

Ab dem 25. Dezember werden 98% der steuerpflichtigen Produkte aus Angola, Gambia, der Demokratischen Republik Kongo, Madagaskar, Mali und Mauretanien bei der Einfuhr nach China von Zöllen befreit sein, wie die Zolltarifkommission des Staatsrats mitteilte.

Die sechs Länder gehören zu den rohstoffreichsten des Kontinents - insbesondere die Demokratische Republik Kongo, aus der mehr als 60% der chinesischen Kobaltimporte stammen, und Angola, ein wichtiger Exporteur von Erdöl und Diamanten.

In den vergangenen zwei Jahren haben bereits 21 afrikanische Länder von der Beseitigung der Zölle auf 98% ihrer Produkte profitiert. Präsident Xi Jinping stellte die Zollsenkungen im Jahr 2021 während des Forums für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit (FOCAC) in der senegalesischen Hauptstadt Dakar vor und versprach, „grüne Wege“ für afrikanische Agrarexporte nach China zu öffnen, die Palette der Produkte, die unter die Zollfreiheit fallen, zu erweitern und die Grenzabfertigung zu beschleunigen. Der chinesische Staatschef erklärte, sein Land wolle bis 2024 Produkte im Wert von 300 Mrd US-Dollar aus Afrika importieren.

Daten der Allgemeinen Zollverwaltung Chinas zeigen, dass der Handel zwischen dem Reich der Mitte und Afrika in den ersten zehn Monaten des Jahres 2023 einen Wert von 234,8 Mrd Dollar erreicht hat. Davon entfielen 91,5 Mrd Dollar auf Einfuhren in die Volksrepublik.

Eine Frage der Lebensmittelsicherheit



Beijing beäugt vor allem Nahrungsmittel- und Gewürzimporte aus Afrika

Die Kommission erklärte, sie plane, ihre Nullzollbehandlung auf alle „am wenigsten entwickelten Länder“ auszuweiten, die diplomatische Beziehungen zu Beijing unterhalten. Es soll diesen Ländern ermöglichen, 8.000 verschiedene Waren zollfrei nach China zu exportieren. Damit will die Volksrepublik vor allem den Import afrikanischer Lebensmittel erhöhen. Mehr als zwei Jahrzehnte lang wurden hauptsächlich Rohstoffe eingeführt und im Gegenzug chinesische Elektronik, Maschinen und Textilien geliefert.

Dank den neuen Maßnahmen kann der Kongo Waren wie Kaffee, Palmöl, Kautschuk, Baumwolle und Kakao unter Umgehung von Zöllen nach China verkaufen. Zu Angolas präferierten Produkten gehören Kaffee, Sisal, Früchte, Meeresfrüchte und Gewürze. Die chinesischen Exporte nach Afrika machten im vergangenen Jahr fast 60% des Handelsvolumens von 282 Mrd US-Dollar aus.

Kritik am „ungesunden Gleichgewicht“

China ist wegen des Handelsüberschusses in die Kritik geraten. Einige werfen dem Land vor, ein ungesundes Gleichgewicht zu fördern, indem es Fertigprodukte auf den Kontinent exportiert, während es hauptsächlich Rohstoffe importiert.

Am Rande des BRICS-Gipfels in Johannesburg im August versprach Xi, die afrikanischen Länder dabei zu unterstützen, mehr Nahrungsmittel zu produzieren und Industrien zu ihrer Verarbeitung aufzubauen, um das Handelsungleichgewicht zu beseitigen. China hat sich bereit erklärt, schnellere Abfertigungen („green lanes“) für Agrarexporte aus Afrika zu ermöglichen, Inspektions- und Quarantäneverfahren zu beschleunigen und die Zahl der Produkte zu erhöhen, für die keine Zölle gelten.

Dann bleiben aber noch die 2% an Waren, die von der Zollfreiheit ausgenommen sind und möglicherweise sogar den Großteil des Handelswertes ausmachen, wie etwa Mineralienexporte.

SOMALIA / AUSSENHANDEL: VOLLMITGLIEDSCHAFT IN DER EAC

Letztes Jahr trat die Demokratische Republik Kongo der Ostafrikanischen Gemeinschaft EAC bei. Die Aufnahme weiterer Länder am Horn von Afrika in den regionalen Handelsblock könnte folgen.

Die Staats- und Regierungschefs der EAC beschlossen bei ihrem jährlichen Gipfeltreffen am 24. November, Somalia als Vollmitglied in die Ostafrikanische Gemeinschaft aufzunehmen. Damit steigt die Zahl der Mitgliedstaaten auf acht. Die anderen sieben Mitglieder der EAC sind Kenia, Tansania, Uganda, Burundi, Ruanda, Südsudan und die DR Kongo.

Somalia ist nun aufgefordert, den Beitrittsvertrag zu unterzeichnen und die Ratifikationsurkunde innerhalb von sechs Monaten beim Generalsekretär zu hinterlegen. Mit der Aufnahme des Landes reicht der gemeinsame Markt der EAC vom Atlantik bis zum Horn von Afrika und gewinnt eine neue Küstenlinie von mehr als 3.000 km hinzu.

Amerika

ARGENTINIEN / ROHSTOFFE: EIN STARKER UND LANGFRISTIGER PARTNER

CEO Micha Zauner von Deutsche E Metalle im Interview

Lange Zeit haben sich deutsche Unternehmen bei der Versorgung mit Rohstoffen allein auf den Weltmarkt verlassen. In der Exploration und Förderung sind heute nur noch wenige heimische Firmen tätig. Zu den Ausnahmen zählt das Dresdner Start-up Deutsche E Metalle (DEM). Seit einigen Jahren bewertet DEM in Argentinien Vorkommen an Lithium und seltenen Erden.



Zauner sieht keine nachhaltige Aufbruchstimmung im Handel mit Südamerika

Herr Zauner, wo liegen Deutschlands größte Probleme bei der Rohstoffsicherung?

Micha Zauner: Die Upstream-Seite der Rohstoffversorgung wurde in Deutschland zu lange stiefmütterlich behandelt. Und es existiert kein Ökosystem für frühe Investitionen und die Allokation von Risikokapital in die Exploration, sodass die Pipeline für zukünftige Bergwerke und die deutsche Rohstoffversorgung mittel- bis langfristig nicht gesichert ist.

Meist werden selbst nationale Projekte von ausländischen Investoren entwickelt. Im angelsächsischen Raum übernehmen in der Regel Junior Mining Companies diese Aufgabe, in China wird das Vorgehen planwirtschaftlich gesteuert. Dadurch steht Deutschland mit seinen erst kürzlich begonnenen Aktivitäten und zögerlichen staatlichen Interventionen wie dem geplanten Rohstofffonds weiterhin im Abseits. DEM versucht privatwirtschaftlich mittels frühzeitiger Investitionen in gleichgesinnten Partnerländern oder in Deutschland Projekte zu entwickeln, die einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten können.

Ein Schwerpunkt Ihrer Aktivitäten liegt auf Argentinien. Was machen Sie dort?

Seit Dezember 2021 bewerten wir in Argentinien Rohstoffprojekte für kritische Metalle, darunter Lithium und seltene Erden. Nach erfolgreicher Prüfung der Lagerstätten und der verfügbaren Explorationslizenzen erwerben wir diese mit lokalen Geschäftspartnern. Danach gehen wir an die Entwicklung der Vorkommen durch ein gemeinsames Joint Venture. Kern unseres Geschäftsmodells ist der frühe und kostengünstige Einstieg in sehr aussichtsreiche Projekte in bekannten und ausgewiesenen Bergbaudistrikten mittels unseres Netzwerkes.

Im konkreten Fall unseres 70.000 ha großen Lithiumprojektes Carachi in der Provinz Catamarca handelt es sich um eine Lithiumsole, die bisher mittels Geophysik und Oberflächenkartierung beziehungsweise -beprobung charakterisiert wurde.

Wo stehen Sie bei dem Projekt aktuell?

Derzeit werden Explorationsbohrungen abgeteuft, um die Zusammensetzung und das Volumen des Vorkommens zu quantifizieren, was Grundlage für die Entwicklung einer maßgeschneiderten Gewinnungsmethode ist. Bei erfolgreicher Umsetzung kann in wenigen Jahren eine Anlage vor Ort in Betrieb gehen, die Lithiumhydroxid oder -karbonat direkt an die deutsche oder europäische Batterieindustrie verkauft.

Wie haben Sie es als erstes deutsches Unternehmen geschafft, sich ein großes Explorationsgebiet in Argentinien zu sichern?

Das ist unserem Netzwerk zu verdanken und vor allem unserem Einsatz "zwischen den Jahren", als alle anderen Interessenten ihren Urlaub genossen. Leider ist auch DEM im Vergleich zu den Chinesen spät dran, hat aber immerhin als einzig öffentlich bekanntes deutsches Unternehmen schon 2021 das Potenzial der argentinischen Lithiumsole erkannt - und gehandelt.

Sind Sie in der Region an weiteren Vorhaben beteiligt?

Ja, wir haben verschiedene Optionen auf weitere Explorationsprojekte. Dabei geht es vor allem um Vorkommen an seltenen Erden in der Provinz Buenos Aires, wo wir schon erfolgreiche Erkundungsarbeiten durchgeführt haben. Die Konkurrenz ist immens und insbesondere China spielt finanziell in

einer anderen Liga. Nur mit unserer Wertegemeinschaft und partnerschaftlicher Zusammenarbeit auf Augenhöhe kann DEM hier punkten.

Was waren die größten Herausforderungen für Ihr Unternehmen in Argentinien?

Eindeutig die Inflation und der Import. Finanztransaktionen sind seit einigen Jahren eine Herausforderung und die ständigen Änderungen der Import- und Exportregelungen erzeugen Unverständnis. Der Import von Messinstrumenten oder Bohrausrüstung verzögert sich regelmäßig um Monate.

Wie stellen Sie sicher, dass Sie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz erfüllen?

Indem wir uns schon jetzt unabhängig auf ESG zertifizieren lassen. Unser Digbee-ESG-Zertifikat ist seit März online einsehbar, und sobald wir ein konkretes Produktionsszenario entwickelt haben, folgt eine Zertifizierung der IRMA. Das ist auch Voraussetzung, um an unsere Abnehmer in Deutschland zu liefern.

Im Frühjahr 2023 saßen Sie im Regierungsflieger zusammen mit Bundeskanzler Scholz. Glauben Sie, dass die Aufbruchstimmung in Bezug auf Lateinamerika nachhaltig ist?

Leider nein, da nun die konkreten Taten ausbleiben, wie das Einsetzen eines Rohstofffonds zur Incentivierung des besagten deutschen Ökosystems und der folgenden Investitionen in Lateinamerika, sowie die längst überfällige Ratifizierung des Mercosur-Abkommens.

Eine Aufbruchstimmung setzte während der Reise tatsächlich ein mit der Folge, dass Lateinamerika als ernsthafter Partner und Gegenpol zu China und Russland für die Rohstoffsicherheit der EU ins Bewusstsein rückte, aber die Rahmenbedingungen, die seitens der Politik gesetzt werden müssen, bleiben weiterhin aus. Das beginnt schon bei einfachen Fördermittelprojekten, die aufgrund fehlender bilateraler Verständigung der Behörden seit Jahren nicht abgerufen werden.

ARGENTINIEN / WIRTSCHAFT & POLITIK: REGIERUNG WERTET PESO STARK AB

Argentinien wird seine Peso-Währung deutlich abwerten und die öffentlichen Ausgaben kürzen, um das Haushaltsdefizit zu verringern. Damit sollten die Wirtschaft wieder angekurbelt und die sehr hohe Inflation eingedämmt werden, sagte Luis Caputo, Wirtschaftsminister der neuen Regierung von Präsident Javier Milei.

Caputo, der die ersten wirtschaftlichen Maßnahmen seit Mileis Amtsantritt am Sonntag vorstellte, sagte, der offizielle Wechselkurs des Peso werde auf 800 je US-Dollar festgesetzt, verglichen mit etwa 360 je Dollar vor seinem Amtsantritt. Der Schwarzmarktkurs des Peso liegt derzeit bei 1.070 Peso je Dollar.

In einer Videobotschaft ergänzte Caputo, dass die Regierung die Subventionen für Energie und Verkehr kürzen und alle öffentlichen Bauprojekte, die noch nicht begonnen wurden, streichen werde. Die Zahl der Ministerien werde von 18 auf neun reduziert, und auch andere Abteilungen in der Regierung würden gestrichen.

„Es gibt kein Geld mehr, wir können nicht mehr ausgeben als wir einnehmen“, so Caputo. Der Wirtschaftsminister sagte, die „Sucht“ des Landes nach Haushaltsdefiziten sei die Ursache für die ständigen Wirtschaftskrisen, einschließlich der derzeitigen Turbulenzen mit einer Inflation von über 140%.

IWF unterstützt Abwertung

Der Internationale Währungsfonds begrüßte die neuen Maßnahmen und erklärte, sie würden zur Stabilisierung der Wirtschaft und zu einem nachhaltigen Wachstum beitragen. Argentinien schuldet dem IWF mehr als 40 Mrd Dollar, nachdem das Land während einer früheren Finanzkrise im Jahr 2018 ein Rettungspaket erhalten hatte.

Milei, ein politischer Außenseiter und libertärer Wirtschaftswissenschaftler, wurde im November gewählt, nachdem er versprochen hatte, die öffentlichen Ausgaben drastisch zu senken. Er übernahm die Macht von der regierenden peronistischen Bewegung, unter der die Armutsquote auf 40%

gestiegen war und Fabriken geschlossen werden mussten, weil sie keinen Zugang zu Finanzmitteln für Teile und Lieferungen hatten.

Seitdem hat Milei seinen Ton allerdings gemildert und einige seiner radikalsten Wirtschaftsvorschläge auf Eis gelegt, darunter die Schließung der Zentralbank, den Abbruch der Beziehungen zu China und die Einführung des US-Dollar als Landeswährung. Die Regierung hält jedoch weiterhin an der Notwendigkeit fest, die öffentlichen Ausgaben zu kürzen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Die beschlossenen Maßnahmen dürften jedoch die Inflation in den kommenden Monaten noch weiter in die Höhe treiben, bevor sich die Lage bessert, sagte der Wirtschaftsminister. „Einige Monate lang werden wir schlechter dastehen als vorher“, ergänzte er. „Es ist besser, eine unbequeme Wahrheit zu sagen als eine bequeme Lüge. Aber das ist der richtige Weg.“ Dennoch werde die Regierung die Unterstützung für die ärmsten Haushalte erhöhen.

KOLUMBIEN / NAHRUNGSMITTEL: NEUE „STRATEGISCHE PARTNERSCHAFT“ MIT CHINA

Die Handelsbeziehungen zwischen China und Kolumbien haben Anfang November eine neue Stufe erreicht: Die beiden Staaten unterzeichneten ein bilaterales Protokoll, was auch Hygienemaßnahmen für exportfähige landwirtschaftliche Erzeugnisse vorsieht, wie „South China Morning Post“ berichtete. Davon werden vor allem die Rindfleischexporte des Landes profitieren.

„Was die Exportprognosen nach China betrifft, so erwarten wir, dass monatlich mindestens 2.500 t exportiert werden, was einem Wert von fast 15 Mio US-Dollar entspricht“, sagte der kolumbianische Generalkonsul in Hongkong Luis Fernando Orozco Barrera.

Obwohl die Volksrepublik bereits Rindfleisch aus Ländern wie Australien, Brasilien und den USA importiert, kann der Markt mehr aufnehmen, so Zhao Xijun, Finanzprofessor an der Renmin-Universität. Für Kolumbien ist die Volksrepublik das weltweit größte Rindfleischimportland mit 25% der weltweiten Einfuhren, so Orozco.

Die engeren Handelsbeziehungen werden die Stellung Chinas in Lateinamerika stärken, so Analysten, die darauf hinweisen, dass die Region historisch gesehen eher mit den Vereinigten Staaten verbündet ist. In die andere Richtung dürften vor allem chinesische Smartphones in Kolumbien Absatz finden.

USA / BAUINDUSTRIE: GUTE AUSSICHTEN FÜR ZULIEFERER

Alle Sparten des Tiefbaus und des gewerblichen Hochbaus befinden sich im Frühherbst 2023 im Aufwind. Nur der private Wohnungsbau durchläuft eine ausgeprägte Schwächephase. Da er traditionell für rund die Hälfte aller Bauleistungen verantwortlich ist, macht sich seine Schwäche deutlich bemerkbar. Insgesamt stiegen die erbrachten Bauleistungen in den ersten sieben Monaten 2023 nominal um knapp 4%, so das nationale Statistikamt.

Für ausländische Anbieter von Baustoffen, Gebäudetechnik, Baumaschinen oder Ingenieursdienstleistungen spielt allerdings die Verfassung des privaten Wohnungssektors keine große Rolle. Dort werden überwiegend einfache Einfamilienhäuser in Holzbauweise mit wenig komplizierten Maschinen gebaut. Diese Nachfrage wird vor allem von heimischen Anbietern bedient.

Starke Nachfrage nach Gebäudetechnik

Bei Bürotürmen, Hotels oder Krankenhäusern wiederum kommen hochwertigere Baustoffe etwa aus Stahl zum Einsatz. Ebenso setzen gewerbliche Bauherren auf eine moderne Ausstattung und greifen teilweise auf ausländische Anbieter zurück. Entsprechend hoch ist die Importnachfrage nach Aufzügen und Rolltreppen sowie Sicherheits- und Klimatechnik. Eine stark zunehmende Rolle spielt auch die Energieeffizienz, ein Trend, der sich auch im privaten Wohnungsbau durchsetzt. Die weiteren Aussichten für den gewerblichen Hochbau sind durchwachsen. Die

Unternehmensberatung FMI erwartet für den Einzelhandel, die Bürosparte und das Hotelgewerbe rückläufige Bauleistungen. Im Industriebereich soll es sogar zu einem regelrechten Einbruch kommen.

Für diese Prognose spricht einiges. So wird die Konjunktur nach übereinstimmenden Prognosen von Banken und Forschungsinstituten im Jahr 2024 an Schwung verlieren. Auch die Erwerbslosigkeit soll leicht zunehmen. Der Einzelhandel muss mit einem flauen Geschäft rechnen. Die Arbeitslosenquote dürfte aber nicht weit über 4% steigen, was als Vollbeschäftigung gilt. Zudem schränken die Arbeitgeber die Möglichkeit zum Home Office zunehmend ein. Büroflächen sind wieder gefragt. Vor allem für das Beherbergungsgewerbe erscheint die Prognose von FMI viel zu negativ. Der Inlandstourismus entwickelt sich nach dem Ende der Pandemie prächtig und die Marktteilnehmer erhöhen ihre Kapitalaufwendungen. So befand sich zum dritten Quartal gemäß Lodging Econometrics eine Rekordzahl von Hotelprojekten (fast 7.500 Häuser) in der Pipeline. Der Unterhaltungskonzern Disney kündigte an, seine Investitionen in Resorts, Erlebnisparks und Kreuzfahrtschiffe in den nächsten zehn Jahren auf 60 Mrd US-Dollar zu verdoppeln.

Neue Halbleiter- und E-Auto-Fabriken geplant

Auch im Industriesektor deutet wenig auf einen Abschwung hin. Im Gegenteil: Unternehmen wie Intel, Samsung oder Taiwan Semiconductor Manufacturing Corporation (TSMC) investieren massiv in Halbleiterfabriken in den USA. Dabei können sie auf großzügige Subventionen im Rahmen des im August 2022 verabschiedeten Chips and Science Act zählen. Ebenso werden neue Fabriken für Elektrofahrzeuge durch den im selben Monat erlassenen Inflation Reduction Act (IRA) gefördert. Vor dem Hintergrund des zunehmenden US-Protektionismus planen viele ausländische Firmen den Neu- oder Ausbau von Werken in den USA.

Die FMI-Vorhersage für den privaten Wohnungsbau entspricht derweil der vorherrschenden Meinung. Die hohen Zinsen haben seit dem Herbst 2022 zu einem Einbruch des Sektors geführt. Zwar wird die US-Notenbank nach Einschätzung von Analysten mit weiteren Anhebungsschritten sehr zurückhaltend sein. Doch eine Zinswende, die den Häusermarkt beleben könnte, lässt auf sich warten. FMI rechnet erst 2026 mit einem Wiederaufschwung.

Förderprogramme wirken sich erst in kommenden Jahren aus

Im Rahmen des Infrastructure Development and Jobs Act vom November 2021 pumpen die Vereinigten Staaten bis 2028 insgesamt rund 1,2 Bill Dollar in den Ausbau der veralteten Infrastruktur. Schwerpunkte sind das Straßennetz, der Versorgungssektor und der Ausbau der ländlichen IT-Netze. Hinzu kommen weitere 750 Mrd Dollar aus dem Inflation Reduction Act. Diese Gelder kommen vor allem dem Umweltbereich und den Erneuerbaren zugute. Die Bauleistungen sind zwischen Januar und Juli 2023 bereits deutlich gestiegen.

Trotzdem erwartet die FMI-Studie in allen Tiefbausparten - mit Ausnahme des Umweltsektors - lediglich einstellige Wachstumsraten, die zudem bis 2027 sukzessive abnehmen sollen. Hier sind die Consultants eher vorsichtig. Viele Großprojekte befinden sich noch im Planungsstadium und dürften erst in den nächsten Jahren in die Bauphase eintreten. Auf absehbare Zeit ist im Infrastrukturbereich jedenfalls mit einer sehr lebhaften Bau- und Auftragstätigkeit zu rechnen.

Protektionismus erweist sich als stumpfe Waffe

Im Rahmen des Infrastructure Development and Jobs Act wurde auch der "Build America, Buy American Act" erlassen. Er sieht bei öffentlich finanzierten Projekten einen Mindestanteil an lokaler Wertschöpfung vor. Ausnahmen gelten allerdings, wenn es keine inländischen Anbieter gibt oder heimische Produkte zu teuer sind. Das trifft insbesondere auf Kapitalgüter zu.

Der US-Maschinenbau ist vor allem bei Universalanlagen gut aufgestellt. Bei Spezialanlagen bestehen hingegen zum Teil erhebliche Lücken. Ähnlich sieht es bei Baustoffen aus, die sogar zu 100% aus inländischer Produktion stammen müssen. Bei Spezialprodukten aus Stahl sind die USA beispielsweise auf Importe angewiesen.

Asien/Ozeanien

CHINA / INTERNETDIENSTLEISTUNGEN: WIRD TIKTOK AMAZON GEFÄHRLICH?

TikTok versucht, Konsumenten in den USA für seine neue Shopping-Plattform zu gewinnen. Das so genannte „Social Shopping“ ist in Asien bereits ein großes Phänomen. Der Erfolg ist nicht garantiert - und die US-Politik könnte sich einmischen. Aber wenn man bedenkt, wie effektiv TikTok bereits die Social-Media-Landschaft aufgemischt hat, sollten sich amerikanische E-Commerce-Giganten wie Amazon in Acht nehmen.

Die virale Kurzvideo-App, die dem chinesischen Unternehmen Bytedance gehört, hat ihre E-Commerce-Plattform im September für ihre 150 Mio monatlich aktiven Nutzer in den USA gestartet. Für TikTok ist der Verkauf von Waren über Live-streaming und Kurzvideos nichts Neues. In China gibt es dieses Phänomen schon seit vielen Jahren, und Douyin, die chinesische Version von TikTok, war dort besonders erfolgreich. Auch in Südostasien ist TikTok in den letzten Jahren erfolgreich in den E-Commerce eingestiegen.

Erfolgreich trotz Konsumflaute

Die Logik der Expansion in den E-Commerce ist klar: TikTok ist bereits ein Kanal, über den Hunderte Millionen junger Nutzer neue Produkte entdecken, insbesondere in Kategorien wie Kleidung und Kosmetik, die von Influencern auf der Plattform getragen oder beworben werden. Der nächste Schritt besteht darin, den tatsächlichen Verkauf zu ermöglichen. TikTok hat sich zum Ziel gesetzt, den Gesamtwert der über seine Plattform verkauften Waren, den so genannten Bruttowarenwert (GMV), von weniger als 5 Mrd US-Dollar im Jahr 2022 auf 20 Mrd Dollar in diesem Jahr weltweit zu steigern, wie das Wall Street Journal berichtete.

Das Wachstum des Segments in China ist aufschlussreich: Der Livestreaming-E-Commerce floriert dort trotz einer allgemeinen Abschwächung des Konsums. Goldman Sachs geht davon aus, dass der Bruttowarenwert dieses Bereichs in den nächsten Jahren um 18% pro Jahr wachsen wird - im Vergleich zu 11% für den gesamten E-Commerce. Die Bank geht davon aus, dass dieses Segment im Jahr 2025 rund 24% des gesamten E-Commerce-Marktes ausmachen wird.

Die vergangene Woche veröffentlichten Geschäftszahlen von Kuaishou, einem kleineren inländischen Konkurrenten von Douyin, untermauern diese Prognose. Der Bruttowarenwert des Unternehmens stieg im Quartal bis Ende September um 30% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dies führte zu einem Anstieg der Gesamteinnahmen um 21% und des Bruttogewinns um 35%. Im Vergleich dazu konnte der traditionelle E-Commerce-Riese JD.com seinen Umsatz in diesem Quartal gegenüber dem Vorjahr um 2% steigern. Der GMV von Kuaishou für das Jahr, das im September endete, betrug rund 153 Mrd Dollar.

Abgesehen davon, dass Kuaishou an den Transaktionen mitverdient, wurden auch die Werbeeinnahmen - die 53% der Gesamteinnahmen ausmachen - von den Händlern angekurbelt. Laut Goldman Sachs stiegen die Werbeeinnahmen im E-Commerce im Vergleich zum Vorjahr 50%.

Politische Hürden

Die Politik ist ein potenzielles Hindernis für die Nachahmung dieses Modells außerhalb Chinas - und bereitet TikTok in Südostasien bereits Probleme. Indonesien, einer der erfolgreicheren E-Commerce-Märkte von TikTok, hat im September E-Commerce-Transaktionen über soziale Medien verboten. TikTok war gezwungen, seine Online-Shopping-Aktivitäten in Indonesien einzustellen.

Und da TikTok in den USA bereits unter verschärfter Beobachtung steht, könnte der Vorstoß in den E-Commerce das Unternehmen erneut zur Zielscheibe der Politik machen.

Dennoch hat Bytedance bewiesen, dass das Unternehmen den Zeitgeist der jungen Generationen trifft - und schnell wachsen kann. Bis die Politiker anfangen, sich zu beschweren, könnte das Unternehmen bereits fest im amerikanischen E-Commerce-Ökosystem verankert sein und über eine Schar junger Anhänger verfügen, die sich gegen die Regulierung wehren. Dinosaurier wie Amazon und Walmart ignorieren das Unternehmen auf eigene Gefahr.

CHINA / KONJUNKTUR: BEIJINGS ZORN GEWECKT

Die Ratingagentur Moody's sieht sich einer Flut von Kritik aus China gegenüber, nachdem die US-Agentur ihren Ausblick für die Kreditwürdigkeit des Landes auf negativ geändert hat. Die in New York ansässige Ratingagentur senkte am Dienstag ihren Ausblick für die Kreditwürdigkeit der Volksrepublik von stabil auf negativ und behielt ihr Investment-Grade-Rating A1 bei, das sie seit 2017 nicht mehr geändert hat.

Die wachsenden Schuldenprobleme einiger Städte und Provinzen würden Chinas Zentralregierung zwingen, finanzielle Unterstützung zu leisten, wenn sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt. Das Land kämpft außerdem mit einem tiefen Einbruch der Immobilienpreise.

Die Änderung der Einschätzung von Moody's führte zu einer Reihe ähnlicher Änderungen der Prognosen für Chinas staatliche Banken, Versicherer und Unternehmen, einschließlich 22 lokaler staatlicher Finanzierungsgesellschaften, die internationale Anleihen begeben haben. Moody's stufte auch die Kreditwürdigkeit von Hongkong und Macau, beides halbautonome Regionen Chinas, als negativ ein. Dies wirkte sich auch auf den Ausblick für andere Unternehmen aus, darunter der Betreiber des Hongkonger U-Bahn-Systems.

Chinesische Regierungsstellen und Beamte kritisierten die Änderung und bezeichneten sie in verschiedenen öffentlichen Erklärungen und Artikeln in den staatlichen Medien als „enttäuschend“, „fehlerhaft“ und „unnötig“. Das Finanzministerium der Volksrepublik widersprach Moody's in einer ausführlichen Stellungnahme und erklärte, die Wirtschaft erhole sich und die Finanzen der Regierung verbesserten sich. Außerdem habe Beijing bereits Schritte unternommen, um die versteckten Schulden der lokalen Verwaltungen zu beseitigen.

Rating-Änderung sei Verleumdung

Eric Chan, Hongkongs zweitwichtigster Beamter, bezeichnete die Entscheidung von Moody's, die Kreditwürdigkeit der Stadt herabzusetzen, als einen Versuch des von den USA angeführten Westens, das Finanzzentrum und China zu verleumden. „Ihr einziger Zweck ist es, Hongkong als Mittel zu benutzen, um die Entwicklung des Landes zu unterdrücken. Das ist ganz offensichtlich“, sagte Chan in einem Radiointerview.

Ein Beamter der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission Chinas, einer wichtigen Regulierungsbehörde, sagte in einem Interview mit den staatlichen Medien, dass die Herabstufung die Meinung einer einzigen Institution sei und einige Fehleinschätzungen enthalte. Der Beamte sagte auch, dass die Ratingmethodik von Moody's fehlerhaft sei.

Die Reaktionen zeigten, wie schwierig es für globale Ratingagenturen ist, eine Meinung über ein Land abzugeben. Moody's hat sein China-Rating, das vier Stufen unter der Bestnote Aaa liegt, nicht auf eine Herabstufung geprüft. Die Änderung des Ausblicks hatte kaum Auswirkungen auf die Kurse von Staatsanleihen aus dem Reich der Mitte oder auf die Kosten für die Versicherung gegen das Ausfallrisiko des Landes, die nur geringfügig über denen für US-Staatsschulden liegen.

Am gleichen Tag, an dem Moody's den Ausblick änderte, teilte China Chengxin International Credit Rating, an dem Moody's 30% hält, mit, dass es sein Sovereign Rating für das Land bei AA+ mit stabilem Ausblick beibehält. Die Ratingagentur geht davon aus, dass sich die chinesische Wirtschaft in diesem Jahr als sehr widerstandsfähig erweisen wird und dass die Regierung über die nötigen Mittel verfügt, um die Staatsfinanzen zu stützen.

Moody's hatte im November auch den Ausblick für die Kreditwürdigkeit der USA auf negativ geändert, ohne jedoch das Aaa-Rating anzutasten. Finanzministerin Janet Yellen erklärte damals, sie sei mit dieser Entscheidung nicht einverstanden. Dieser Schritt erfolgte zwei Monate nach der Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA durch Fitch um eine Stufe auf AA+ im Zuge der langwierigen Verhandlungen über die Schuldenobergrenze des Landes.

China Chengxin hatte sein Rating für die USA im Mai auf AA+ herabgestuft. Damals erklärte die Ratingagentur, dass es angesichts steigender Zinssätze und hoher Inflation immer schwieriger geworden sei, einen Konsens über die Schuldenobergrenze zu finden.

CHINA / RECHT: PRAKTISCHE ERFAHRUNGEN

Das chinesische Arbeitsrecht gilt als arbeitnehmerfreundlich. Vorgestellt werden hier einige Besonderheiten, für eine vollständige Übersicht ist der Technical Guide Human Resources in China zu empfehlen. Dieser wurde Mitte 2020 von der Personalvermittlungsgesellschaft Direct HR Group in Kooperation mit Rödl & Partner herausgegeben.

Ein in der Praxis häufig zu beobachtendes Problem ist, dass Arbeitnehmer beim Arbeitgeber darauf drängen, Beiträge zur Sozialversicherung nicht oder nur teilweise zu zahlen. Das kann damit zusammenhängen, dass die Abgaben auf lokaler Ebene abgeführt werden. Bei chinesischen Mitarbeitenden aus anderen Provinzen bestehen dahingehend Vorbehalte, ob die Leistungen in ihre Heimatbezirke transferiert und dort ausbezahlt werden.

Laut Technical Guide sollten Arbeitgeber sich keinesfalls auf solche Forderungen einlassen, es handelt sich um einen Rechtsbruch. Auch bestünde die Gefahr, dass es sich der Arbeitnehmer wieder anders überlegt und die Zahlungen zu einem späteren Zeitpunkt doch verlangt. Auch die Sozialversicherungsbehörden könnten die ausstehenden Beiträge vom Arbeitgeber nachträglich einfordern.

Überstunden dokumentieren

Per Gesetz sind maximal drei Überstunden am Tag und 36 im Monat zulässig. In den sozialen Medien ist aber davon die Rede, dass Mitarbeitende von chinesischen Firmen, vor allem in der Tech-Branche, eine hohe Zahl an Überstunden abzuleisten haben. „9/9/6“ heißt diese Überstunden-Praxis. Gemeint ist Arbeit von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends an sechs Tagen pro Woche, womit Beschäftigte auf 72 Wochenarbeitsstunden kommen. Das Oberste Volksgericht und das Ministry of Human Resources and Social Security haben kürzlich festgesetzt, dass die „9/9/6“-Richtlinie als illegal einzustufen ist. Manche sprachen gar von „0/0/7“-Wochen auf Leitungsebene.

Es ist empfehlenswert, die Ableistung von Überstunden im Arbeitsvertrag und Mitarbeiterhandbuch zu regeln und sowohl durch den Arbeitnehmer dokumentieren als auch von der Führungsebene kontrollieren zu lassen. Das gilt ebenfalls für das Management-Personal, es sei denn, dieses hat dem „Flexible Working Hours“-System im Arbeitsvertrag zugestimmt. Dafür ist im Vorfeld zwingend die Zustimmung der lokalen Arbeitsbehörde einzuholen.

Teure Kündigungen

Einseitige Kündigungen seitens des Arbeitgebers sind in China kompliziert und kostspielig. Generell dürfen Unternehmen nicht grundlos kündigen. Eine Kündigung wegen Minderleistung ist für Arbeitgeber zudem an kaum zu erbringende Beweispflichten geknüpft. Daher sind im Arbeitsvertrag und Mitarbeiterhandbuch klare Vorgaben zu Arbeitsdisziplin, Disziplinarmaßnahmen und Kündigungsgründen wichtig. Auch sollte frühzeitig schriftlich dokumentiert werden, wenn etwas schiefläuft.

Um langwierigen Auseinandersetzungen vorzubeugen, kommt es in der Praxis häufig zu einer Einigung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Form eines Aufhebungsvertrags mit Abfindung. Diese fällt oft höher aus als vom Gesetz vorgeschrieben. Laut Gesetz beträgt die Höhe der Abfindung ein Monatsgehalt pro Beschäftigungsjahr, aber nicht mehr als ein Jahresgehalt. Für Beschäftigungszeiten nach dem 1. Januar 2008 ist die Abfindung auf das Dreifache des durchschnittlichen Bruttomonatsgehalts am Arbeitsort pro Beschäftigungsjahr gedeckelt.

Ein weiterer häufiger Fehler, der zu erheblichen Zusatzkosten führen kann, ist die vergessene Verlängerung eines befristeten Arbeitsvertrags. Der Arbeitnehmer hat für den „vertraglosen“ Zeitraum Anspruch auf das doppelte Gehalt. In der Volksrepublik sind Arbeitsverträge oft zeitlich begrenzt, meist auf drei Jahre. Ein befristeter Vertrag kann maximal zweimal verlängert werden. Ist keine Verlängerung angestrebt, müssen alle Formalitäten für die Beendigung des Vertragsverhältnisses mit nötigem Vorlauf erledigt werden. Der Arbeitgeber hat eine Abfindung zu zahlen.

INDIEN / ELEKTRONIK: PRODUKTION WIRD ZUM TEIL VERLAGERT

Apple und seine Zulieferer wollen in den kommenden zwei bis drei Jahren mehr als 50 Mio iPhones pro Jahr in Indien herstellen. Danach seien weitere zehn Mio Stück geplant, wie mehrere an den Plänen Beteiligte berichten.

Sollten die Pläne verwirklicht werden, würde Indien ein Viertel der weltweiten Produktion ausmachen und gegen Ende des Jahrzehnts einen weiteren Anteil übernehmen. China wird der größte iPhone-Produzent bleiben.

Apple hat seine Zusammenarbeit mit Indien in den vergangenen Jahren schrittweise ausgebaut, obwohl das Unternehmen dort mit einer maroden Infrastruktur und restriktiven Arbeitsgesetzen zu kämpfen hat, die eine Geschäftstätigkeit in Indien oft schwieriger machen als in China. Unter anderem haben die Gewerkschaften selbst in unternehmensfreundlichen Staaten immer noch Einfluss und wehren sich gegen Unternehmensbestrebungen, die Genehmigung für 12-Stunden-Arbeitstage zu erhalten. Diese finden Apple-Zulieferer in Krisenzeiten als hilfreich.

Megawerk in Karnataka

Apple und seine Zulieferer, vor allem die Foxconn Technology Group mit Sitz in Taiwan, erachten im Allgemeinen den ersten Vorstoß nach Indien als gut gelaufen und legen den Grundstein für eine größere Expansion, sagen Personen, die an der Lieferkette beteiligt sind.



Mehr als 50 Mio Smartphones mit dem Apfel sollen bald in Indien vom Band laufen

Die erste Phase eines im Bau befindlichen Foxconn-Werks im südlichen Bundesstaat Karnataka soll im April in Betrieb genommen werden. Das Werk soll in den kommenden zwei bis drei Jahren jährlich 20 Mio Mobiltelefone, hauptsächlich iPhones, herstellen, sagten Personen, die mit den Bauplänen direkt vertraut sind.

Foxconn plant ein weiteres iPhone-Megawerk mit einer ähnlichen Kapazität wie in Karnataka, obwohl sich die Pläne noch in einem frühen Stadium befinden, so die Informanten.

Apple hat Indien auch als Standort für die Herstellung von iPhones der unteren Preisklasse gewählt, die ab 2025 verkauft werden sollen. In dieser Phase, die als Einführung neuer Produkte bekannt ist, arbeiten die Teams von Apple mit Auftragnehmern zusammen, um Produktentwürfe und Prototypen in einen detaillierten Fertigungsplan zu übersetzen. Bislang wurde diese Arbeit nur in China durchgeführt.

Zusammen mit den Plänen für eine erweiterte Produktion in einem bestehenden Foxconn-Werk in der Nähe von Chennai und in einem anderen bestehenden Werk, das kürzlich vom indischen Mischkonzern Tata gekauft wurde, bedeuten diese Entwicklungen, dass Apple beabsichtigt, innerhalb von zwei bis drei Jahren über die Kapazität zu verfügen, um jährlich mindestens 50 bis 60 Mio iPhones in Indien zu produzieren. Dies berichten Personen, die an der Planung beteiligt sind.

INDIEN / ENERGIEERZEUGUNG: INVESTITIONSBEDARF IN MILLIARDENHÖHE

In Indien boomen die erneuerbaren Energien, und auch Elektromobilität befindet sich auf Wachstumskurs. Um die tageszeit- und witterungsbedingten Differenzen zwischen der Stromerzeugung aus Solar- und Windkraft und der Stromnachfrage ausgleichen zu können, braucht das Land noch dringend Stromspeicher. Indien dürfte bis 2050 nach China das Land mit dem höchsten Zubau bei Stromspeicherkapazitäten in der Asien-Pazifik-Region sein, so eine Prognose von Moody's Investor Service. Die indische Regierung hat erst kürzlich ein Förderprogramm dafür aufgelegt.

Die staatliche Elektrizitätsbehörde Central Electricity Authority (CEA) schätzt den jährlichen Stromspeicherbedarf bis zum Ende des Finanzjahres 2026/27 auf 82 GWh. Davon könnten 48 GWh von Pumpspeicher- und 34 GWh von stationären Batteriespeicherkraftwerken bereitgestellt werden. Bis Ende 2031/32 soll der Bedarf weiter auf 411 GWh pro Jahr steigen - bis 2047 sogar bis auf jährlich 2.380 GWh. Das Investitionsvolumen beziffert CEA bis 2032 auf 58 Mrd US-Dollar. Davon entfallen 16 Mrd auf den Bau und Betrieb von Pumpspeichern, die restlichen 42 Mrd Dollar auf Batteriespeicherkraftwerke.



Auch der Strom durch den Zubau der Erneuerbaren muss gespeichert werden

Indien steht beim Aufbau seiner Stromspeicherinfrastruktur noch ganz am Anfang. Laut CEA gibt es im ganzen Land erst acht Pumpspeicherkraftwerke mit einer Leistung von 4,7 GW. Davon befinden sich allerdings nur sechs mit 3,3 GW im Betrieb. Die CEA schätzt das technisch mögliche Potenzial für Pumpspeicher in Indien auf knapp 100 GW.

Das mit 1,2 GW größte Einzelvorhaben, das „Pinnapuram Integrated Renewable Energy Project“ im Bundesstaat Andhra Pradesh, ist die erste integrierte Anlage, in der Strom aus Wind - und Solar-energie erzeugt und dann in einem Pumpspeicherkraftwerk gespeichert werden soll. Der indische Energiekonzern Greenko hat im Januar 2023 angekündigt, ein weiteres Kraftwerk im Bundesstaat Madhya Pradesh bauen zu wollen. Nach Einschätzung der Ratingagentur Fitch dürfte der Großteil der Investitionen aus dem Privatsektor kommen.

Indiens Regierung ist bemüht, die Rahmenbedingungen für Investitionen in Pumpspeicher zu verbessern. Das zuständige Ministry of Power hat im April 2023 einen Entwurf der Richtlinien zur Förderung vorgestellt, welche ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren und Anreize wie geringere Steuern und Abgaben für die Investoren und Unterstützung beim Landerwerb vorsehen. Zudem soll es künftig möglich sein, Pumpspeicherkraftwerke auch in stillgelegten Minen zu bauen.

Programm für Batteriespeicher

Der Großteil des Speicherbedarfs soll durch netzgebundene Batteriespeicherkraftwerke gedeckt werden. Laut CEA könnte dieser Anteil bis zum Finanzjahr 2031/32 auf 236 GWh steigen. Um ihn zu decken, müssten Anlagen mit einer Leistung von 47 GW ins Netz integriert werden. Zur Bewältigung dieser Mammutaufgabe hat die Regierung Anfang September 2023 ein Förderprogramm für Batteriespeicherkraftwerke ins Leben gerufen. Bis 2032 sollen Anlagen mit einer Kapazität von insgesamt 4 GWh pro Jahr gefördert werden.

Den Investitionsbedarf schätzt das Ministry of Power auf insgesamt 1,1 Mrd Dollar. Die Projekte werden im Rahmen einer Brückenfinanzierung (Viability Gap Funding) mit bis zu 40% der

Kapitalkosten gefördert. Hierfür stehen bis 2032 öffentliche Mittel in Höhe von rund 450 Mio Dollar zur Verfügung. Ziel ist es, die Kosten für die Speicherung (Levelized Cost of Storage) von 1 kWh für die Projektentwickler auf 6,6 bis 7,9 Dollar-Cent zu drücken.

Die Akkumulatoren müssen die Projektentwickler nahezu vollständig im Ausland beziehen. Indien importierte 2022 Lithium-Ionen-Akkus im Wert von 1,3 Mrd Dollar - vor allem aus China.

INDONESIEN / MASCHINENBAU: INFRASTRUKTURPROGRAMM SCHAFFT NACHFRAGE

Im indonesischen Archipel muss die unterdimensionierte Infrastruktur dringend ausgebaut werden. Der Baubedarf wird noch über Jahrzehnte enorm sein. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung um fast 3 Mio Menschen pro Jahr. Das treibt die Verstädterung und damit den Bau von Häusern und Apartments an. All das ist Grundlage für einen kontinuierlich wachsenden Markt für schweres Baugerät.

Seit dem Jahr 2022 ist die Nachfrage danach wieder auf dem Vorkrisenniveau: Es wurden 20.500 Einheiten verkauft. Das ist fast eine Verdreifachung gegenüber dem Krisenjahr 2020. Die Marktanalysten vom Indonesian Commercial Newsletter (ICN) aus dem Hause Data Consult erwarten für die kommenden Jahre per annum ein Stückzahl-Wachstum beim Absatz der wichtigsten Baugerätproduktgruppen von 10%. Dieser zusätzliche Bedarf müsse laut ICN vor allem über Importe gedeckt werden, denn bei den zuletzt zu 90% ausgelasteten Herstellern in Indonesien seien keine Kapazitätserweiterungen geplant.

Niedrige Local-Content-Vorgaben

Indonesien kann nur etwa 40% seines stückmäßigen Bedarfes an schwerem Baugerät über eigene Produktion decken. Die Hersteller produzieren laut ICN zu 85% Bagger. Weitere 10% entfallen auf Bulldozer. In kleinerer Stückzahl werden Motor Grader, Kipper und Radlader hergestellt. Mit Abstand größte Produzenten sind das japanische Unternehmen Komatsu und die US-amerikanische Caterpillar. Ersteres produziert im Nordosten Jakartas, Caterpillar hat sein Fertigungszentrum nahe Bogor, südlich der Hauptstadt Jakarta. Weiterer größerer Hersteller ist Hitachi. Die indonesische Regierung ist in vielen Industriebranchen bestrebt, Importe über strenge Local-Content-Regelungen zu minimieren. Stattdessen sollen Waren in heimischer Produktion gefertigt werden. Bei Heavy Equipment ist eine profitable Komponentenproduktion vor Ort aber nur eingeschränkt möglich. Deshalb sind die Local-Content-Anforderungen hier vergleichsweise niedrig. ICN listet einige Standard-Bagger und -Bulldozer auf, bei denen der geforderte wertmäßige Anteil aus lokaler Herstellung lediglich zwischen 19 und 26% liegt.

Doch die heimische Produktion reicht bei weitem nicht aus, in den vergangenen Jahren lag der stückmäßige Anteil der Importe bei 60% der Nachfrage. Auch hier sind Bagger und Schaufellader die wichtigsten Produkte. Im Jahr 2022 wurde laut Statistikamt Heavy Equipment im Wert von 2,8 Mrd US-Dollar eingeführt. Der mit großem Abstand wichtigste Lieferant war China, wo auch viele internationale Hersteller große Produktionsstätten haben.

Die Wachstumsprognosen für Heavy Equipment in Indonesien dürften angesichts unterschiedlicher Entwicklungen der Abnehmerbranchen gemischt ausfallen. Größter zahlenmäßiger Abnehmer ist der Bergbau mit einem derzeit einen beispiellosen Boom. Vor allem der Export von Kohle verzeichnet Höchststände. Ebenfalls stark gestiegen ist die Nachfrage nach Nickel, vor allem in Zentral- und Südosulawesi sowie in der Provinz Nordmolukken. Die dort zahlreich entstehenden Nickel-Schmelzanlagen benötigen ebenfalls riesige Mengen an Kohle. Zweitwichtigster Abnehmer ist die Bauwirtschaft. Hier dürfte das Nachfrageplus geringer ausfallen, denn seit der Corona-Krise wächst das Segment deutlich schwächer als die Gesamtwirtschaft. Vor allem der städtische Hochbau befindet sich in der Krise. Schon vor Jahren waren Überkapazitäten bei Apartments und Bürogebäuden entstanden. Der von der Regierung unterstützte Trend zu Home-Office-Regelungen hat den Überhang noch einmal vergrößert. Folge sind die Verschiebung sowie die Streichung von geplanten Projekten.

Der insgesamt boomende Infrastrukturbau erlebt ebenfalls eine Delle. Die dominierenden Staatsunternehmen mussten sich in der Corona-Krise noch weiter verschulden, viele Projekte wurden aufgegeben. Kleinere Abnehmer sind die Forst- und die Plantagenwirtschaft.

JAPAN / INVESTITIONEN: ENTWICKLUNGSHILFE ERMÖGLICHT VIELE BAUPROJEKTE

Bei Auslandsaufträgen punktet Japan unter anderem mit stabilen Finanzierungsmodellen. Neben der Japan Bank for International Cooperation und der Nippon Export and Investment Insurance unterstützen auch verschiedene Entwicklungsbanken japanische Firmen bei ihren Projekten im Ausland.

Die Regierung fördert den Infrastrukturaufbau in ausländischen Märkten seit Jahren durch Entwicklungshilfegelder. Jedoch stagniert die japanische Entwicklungshilfe seit 2010 bei jährlich etwa 5 Mrd US-Dollar, was die Zahl der direkt von Japan finanzierten Projekte abgebrems hat.

Andere Finanzierungen, etwa über Public-private-Partnerships, den "Leading Asia's Private Infrastructure Fund" (LEAP) und Entwicklungsbanken, insbesondere die ADB (Asian Development Bank), haben zugenommen. Ein wichtiges Programm ist das von der ADB und der Japan International Cooperation Agency 2016 aufgelegte LEAP-Instrument, ein 1,5 Mrd Dollar schwerer Fonds, bei dem Japan als alleiniger Geldgeber auftritt. Mit den Fondsgeldern sollen 6 Mrd Dollar an privaten Infrastrukturprojekten angeregt werden.

Internationale Institutionen, wie etwa die Weltbank-Tochter Multilateral Investment Guarantee Agency, unterstützen Unternehmen ebenfalls bei Projekten. Laut MIGA-Angaben erhielten Japans Firmen bis Ende 2020 mehr als 2,3 Mrd Dollar an Investitions Garantien für ihre weltweiten Aktivitäten.

Der Kooperation mit der 2015 unter chinesischer Führung gegründeten Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) wird von Japan weniger Bedeutung beigemessen. Zwar ist der Archipel kein Mitglied der AIIB, dennoch können auch Unternehmen aus Nicht-Mitgliedsländern an Ausschreibungen der Entwicklungsbank teilnehmen. In der Praxis haben jedoch Projekte japanischer Firmen im Bereich der Hochtechnologie hier kaum Umsetzungschancen.

Teilweise hat dies auch mit unterschiedlichen Ansatzpunkten der asiatischen Entwicklungsbanken zu tun. Die ADB und Tokyo haben als vorrangiges Ziel, eine qualitativ hochwertige Infrastruktur in Partnerländern aufzubauen und die Konformität mit internationalen Standards zu gewährleisten. Diese Strategie spielt auch den Handelshäusern mit ihrer jahrelangen Erfahrung und vielfältigen Qualitätsprojekten in die Hände.

MONGOLEI / INVESTITIONEN: NETZWERKE FÜHREN ZUM ERFOLG



Die Mongolei bietet mehr Potenzial als nur in der Agrar- und Viehwirtschaft

Auf der einen Seite bietet das Land Investoren eine geringe, aber junge Bevölkerung, umfangreiche, teilweise noch unerschlossene Rohstoffvorkommen, einen großen Agrarsektor und günstige klimatische Bedingungen für erneuerbare Energien. Deutsche Produkte und Dienstleistungen genießen einen sehr guten Ruf. Es gibt aber auch Herausforderungen.

Auf der anderen Seite ist die geografische Lage der Mongolei ohne Meereszugang und zwischen Russland und China gelegen eher ungünstig. Die Transportinfrastruktur ist ausbaufähig. Bürokratie und Korruption gelten als Hemmnisse und Gerichtsprozesse sind oft langwierig. Zudem mangelt es an qualifizierten Fachkräften. Im zuletzt 2020 veröffentlichten Ease of Doing Business Index der Weltbank lag die Mongolei daher nur auf Platz 81 von 190 Ländern.

Es sind nur wenige deutsche Unternehmen mit eigener Präsenz in der Mongolei aktiv, allerdings gibt es vor Ort eine relativ große Anzahl von Deutschsprechenden. Der Marktzugang erfolgt überwiegend über mongolische Geschäftspartner.

Netzwerke sind oft nicht nur eine Voraussetzung dafür, Geschäftsabschlüsse zu finalisieren, sie erleichtern auch deren Umsetzung gegenüber Verwaltung, Politik und anderen Unternehmen. Daher ist es notwendig, intensive soziale Beziehungen zu Geschäftspartnern aufzubauen. Die Wahl eines Geschäftspartners oder der Mitarbeiter sollte nicht nur technisches Können und wirtschaftliches Wissen berücksichtigen, sondern auch Faktoren wie Netzwerkverflechtungen und Marktkenntnisse.

Erste Treffen sollten in einem formellen Rahmen und in angemessener Geschäftskleidung stattfinden. Der Austausch von Visitenkarten gehört zum Kennenlernen dazu. Die Mongolen sind großzügige Gastgeber. Um die Beziehung ausgewogen zu halten, ist es ratsam, Einladungen zum Essen anzunehmen und selbst auszusprechen.

Schriftliche Verträge sind als Geschäftsgrundlage Standard, werden jedoch weniger detailliert ausgeführt und haben oft keinen bindenden Rechtscharakter. Mongolische Partner akzeptieren in der Verhandlungsphase meist aus Höflichkeit die Erwartungen von Geschäftspartnern, konkrete Herausforderungen bei der Umsetzung kristallisieren sich dann erst in der Implementierungsphase heraus.

Da ausländische Geschäftsleute in der Phase der Geschäftsanbahnung meist positives Feedback erhalten, kommt oft die Erwartung auf, dass Projekte zeitnah umgesetzt werden können und Materialien sofort zur Verfügung stehen. Die planerische Herangehensweise deutscher Unternehmen kann jedoch zu Konflikten führen. Deutsche Unternehmer schätzen die außerordentliche Flexibilität sowie Improvisations- und Anpassungsfähigkeit der mongolischen Unternehmer und Angestellten. Handlungsspielraum bei unvorhersehbaren Herausforderungen wird in der mongolischen Gesellschaft als selbstverständlich erachtet.

Risiko Regierungsbeteiligungen

Im Wirtschaftssystem der Mongolei spielt der Staat nach wie vor eine bedeutende Rolle, insbesondere als Anteilseigner, Auftrag- oder Lizenzgeber. Durch häufige Wechsel der Regierung und einzelner Minister in Ministerien, Behörden und öffentlichen Institutionen, haben Entscheidungen dieser Stellen häufig einen vorläufigen Charakter. In der Praxis hat sich gezeigt, dass öffentliche Instanzen sich nicht zwingend an Verträge, Entscheidungen, Erlässe vorangegangener Entscheidungsträger gebunden sehen. Ein starkes Netzwerk in Regierung und Verwaltung kann für mehr Rechtssicherheit sorgen.

Interessierte Unternehmen können sich an den Deutsch-Mongolischen Unternehmensverband (DMUV) wenden.

PHILIPPINEN / INFRASTRUKTUR: MODERNISIERUNG STEHT AN

Die philippinische Regierung will im Jahr 2024 rund 25 Mrd US-Dollar für die Verbesserung der Infrastruktur im Rahmen des „Build, Better, More“-Programms ausgeben. Das zuständige Ministerium Department of Budget and Management hat Presseberichten zufolge im September 2023 einen Budgetvorschlag in dieser Größenordnung an das Repräsentantenhaus übermittelt. Damit

entsprechen die geplanten Infrastrukturinvestitionen 5,3% des BIPs. Im Jahr 2024 plant die Regierung für den ÖPNV 3,8 Mrd Dollar ein, was einer Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Die Regierung um Präsident Ferdinand Marcos will für den Archipel ein „goldenes Zeitalter der Infrastruktur“ einläuten. Zu diesem Zweck hatte die Behörde National Economic Development Authority (NEDA) 194 Leuchtturmprojekte (IFP) identifiziert, die von öffentlichem Transport über Energie, Gesundheit, Informationstechnologie bis hin zu Wasser und Landwirtschaft reichen.

Im Herbst 2023 fügte NEDA noch drei weitere hinzu: Den Tarlac-Pangasinan-La Union Expressway, das Philippine Rural Development Project sowie das Laguindingan International Airport Project. Diese drei sollen bei der Budgetplanung priorisiert und Genehmigungen beschleunigt erteilt werden. Die Gesamtinvestitionen für die 197 Leuchtturmprojekte belaufen sich auf mehr als 150 Mrd Dollar. Nach Angaben von NEDA befinden sich derzeit 71 Projekte im Wert von 72 Mrd Dollar in der Umsetzungsphase. Von den restlichen 123 IFP (ohne die drei jüngst hinzugekommenen Vorhaben) wurden 27 freigegeben (Stand Juli 2023). Acht sind in der Warteschleife für die Genehmigung der Regierung.

Luzon, die größte der Inselgruppen, gilt als Herzstück des BBM-Infrastrukturprogramms. Die Regierung plant dort Maßnahmen in einem Gesamtwert von 107 Mrd Dollar im Zuge ihrer Mandatszeit. Insgesamt 132 Projekte oder 68% aller Vorhaben werden dort, im Norden des Landes, umgesetzt, wie unter anderem das Laoag International Airport Development Project, Naga Airport Development Project, EDSA Greenways, Laguna Lakeshore Road Network oder das Ilocos Norte-Ilocos Sur-Abra Irrigation Project.

Im September 2023 wies das Transportministerium auf Verzögerungen hin, unter anderem aufgrund von Problemen mit der Verlegung der Strom- und Telefonleitungen entlang der Baustellen sowie ungeklärter Wegerechte. Nach Auskunft von Branchenkennern kann vor allem letzteres zu mehrmonatigen Unterbrechungen der Arbeiten führen. Für Unternehmen stellen laufende Kosten, wie etwa Gehälter oder Abschreibungen von Maschinen, eine Herausforderung dar.

Eröffnung der Metro erst 2029

Baumaschinenimporte	
Jahr	Mrd US-Dollar
2018	2,9
2019	1,0
2020	0,6
2021	1,7
2022	2,8

Quelle: BPS 2023; ICN 2023

Auch das Prestigeprojekt Metro Manila Subway verzögert sich: Die vollständige Betriebsaufnahme musste von 2028 auf 2029 verschoben werden. Als Gründe hierfür wurden in erster Linie die Nachwirkungen der Pandemie genannt. Die Metro soll 33 km Strecke mit 17 Stationen umfassen und nach Fertigstellung von fast 520.000 Passagieren täglich genutzt werden. Dafür soll die Linie 1 des Light Rail Transit (Cavite Extension) 2024 auf fünf Stationen teilweise den Betrieb aufnehmen. Die Linie 7 des Metro Rail Transit wird 2025 mit zehn Stationen starten, und der North and South Commuter Rail wird in großen Teilen im Jahr 2027 eröffnet.

Deutsche Baufirmen können von den geplanten Infrastrukturvorhaben profitieren, obwohl der Markteintritt nicht immer einfach ist. Auch für klein- und mittelständische Anbieter gibt es Geschäftschancen, sofern sie über fortschrittliche Technologien verfügen.

PHILIPPINEN / KONJUNKTUR: KORREKTUR NACH UNTEN

Mehrere Finanzinstitute haben im Herbst 2023 ihre Wachstumsprognosen für die Philippinen nach unten gesetzt. So geht die OECD für das laufende Jahr nur noch von einer BIP-Steigerung von 5,6% aus, 0,1 Prozentpunkte unter der letzten Vorhersage. Auch die ING Bank hatte ihre Prognosen für 2023 von 5,5 auf 5% nach unten korrigiert. Die japanische Finanzholding Nomura verringerte ihre Vorhersagen von zuvor 5,5 auf 5,2%. Die internationale Organisation AMRO schätzt nun 5,9 statt 6,2%.

Diese Prognosen liegen deutlich unter der Zielsetzung der philippinischen Regierung. Die Verantwortlichen in Manila prognostizieren für 2023 einen BIP-Zuwachs zwischen 6 und 7%. Noch im vergangenen Jahr erzielte das Land mit einem Plus von 7,6% das höchste Wachstum in vier Dekaden.

Die korrigierten Prognosen gehen in Teilen auf das schlechte Ergebnis im zweiten Quartal des Jahres 2023 zurück. Das BIP stieg im Vergleich zum Vorjahresquartal nur noch um 4,3%, nach 6,4 in den ersten drei Monaten. Die Ausfuhren gaben aufgrund der weltweit abflauenden Nachfrage nach. Das wichtigste Exportgut der Philippinen - Elektronikzeugnisse - sackte in den ersten sechs Monaten um 7% im Vergleich zur Vorjahresperiode ab. Die ausländischen Direktinvestitionen brachen im gleichen Zeitraum sogar um mehr als 20% ein. Unter dem Strich stieg die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2023 real um 5,3%.

Hoher Leitzins soll es richten

Eine hohe Inflation und steigende Refinanzierungskosten drückten in den ersten Monaten des Jahres auf die Kaufkraft. Nach einer Inflationsrate von 5,8% im Jahr 2022 lag sie in den ersten acht Monaten 2023 bei 6,6% - allerdings mit abnehmender Dynamik. Um die Inflation einzudämmen, erhöhte die Zentralbank den Leitzins zwischen Mai 2022 und März 2023 um 425 Basispunkte auf 6,25%. Das ist der höchste Stand seit 16 Jahren. Die Maßnahmen hatten bisher nur mäßigen Erfolg. Die Zentralbank prognostiziert eine Inflation von 5,6% für 2023 und 3,3% im Folgejahr. Beobachter gehen davon aus, dass der Leitzins auch in den kommenden Monaten auf dem aktuell hohen Niveau bleiben wird.

Öffentliche Institutionen wie die Entwicklungsbehörde National Economic and Development Authority (NEDA) bleiben erwartungsgemäß vorerst bei der BIP-Wachstumsprognose von 6 bis 7% für das laufende Jahr. Um diese realisieren zu können, soll die Implementierung von Regierungsprojekten und -programmen in den kommenden Monaten beschleunigt werden. Damit zumindest die untere Grenze des Zielkorridors erreicht werden kann, müsse das BIP im zweiten Halbjahr um 6,6% anziehen, so NEDA-Verantwortliche in der lokalen Presse.

Die OECD sieht steigende Regierungsaufwendungen als wichtigsten Konjunkturmotor bis Ende 2023, nachdem diese im zweiten Quartal um mehr als 7% zurückgegangen sind. Ebenso dürften fiskalische Anreize die Aktivitäten sowohl der Privatwirtschaft als auch des öffentlichen Sektors stimulieren. Darüber hinaus soll die lokale Konsumnachfrage das Wachstum ankurbeln, unterstützt durch einen sich verbessernden Arbeitsmarkt. Auch stabile Zuflüsse bei den Rücküberweisungen im Ausland arbeitender Philippiner, die stetige Erholung des Tourismus und das hohe Wachstum der Industrie rund um Geschäftsprozessmanagement sollen die Konjunktur wieder nach oben ziehen.

2024 birgt Potenzial und Risiken

Diese Faktoren dürften sich auch positiv auf die Wachstumsraten 2024 auswirken. Die OECD sieht für das kommende Jahr eine BIP-Steigerung von 6,1% voraus. AMRO geht von 6,5% Wachstum aus, was am unteren Ende der Regierungsziele wäre. Die offizielle Prognose aus Manila rangiert zwischen 6,5 bis 8%.

Allerdings sieht AMRO auch zukünftige Gefahren für die Wachstumsdynamik. Neben der noch immer hohen Inflation werden auch die Nachwirkungen der Pandemie, der zögerliche Ausbau der Infrastruktur und Naturkatastrophen als Konjunkturremnisse genannt. Die Philippinen gelten als eines der am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffenen Länder.

SINGAPUR / RECHT: HAAGER ZUSTELLUNGSÜBEREINKOMMEN TRITT IN KRAFT

Ab dem 1. Dezember 2023 gilt das Haager Zustellungsübereinkommen auch für Singapur. Dieses Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen erleichtert bei internationalen Gerichtsverfahren die grenzüberschreitende Zustellung von Dokumenten.

Singapur hatte seine Beitrittsurkunde am 16. Mai 2023 bei der zuständigen niederländischen Behörde hinterlegt. Dabei erklärte der Stadtstaat, dass er gemäß Art. 8 Abs. 2 des Übereinkommens einer unmittelbaren Zustellung gerichtlicher Schriftstücke an Personen in seinem Hoheitsgebiet durch ausländische diplomatische oder konsularische Vertreter widerspricht, es sei denn, die Dokumente sind einem Staatsangehörigen des Ursprungsstaates zuzustellen. Ferner hat Singapur der Zustellung auf die in Art. 10 des Übereinkommens aufgeführten Weisen widersprochen.

Im Zuge des Beitritts zu dem Rechtsrahmen wird Singapur unter anderem seine „Rules of Court 2021“ anpassen.

Europa

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: UNTERNEHMEN SEHEN GESCHÄFTSENTWICKLUNG IN BRASILIEN OPTIMISTISCH

Deutsche Unternehmen blicken laut einer Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) an ihren brasilianischen Standorten optimistisch auf die Entwicklung ihrer Geschäfte und heben sich damit positiv von den sonst leicht gegenüber der Vorumfrage im Frühjahr eingetrübten Geschäftserwartungen der Unternehmen weltweit ab. 59% der deutschen Unternehmen in Brasilien berichteten aktuell von gut laufenden Geschäften, lediglich 12% von schlechten, gehe aus einem Update des AHK World Business Outlook für die Region Süd- und Mittelamerika anlässlich des deutsch-brasilianischen Wirtschaftsforums hervor. An der Umfrage hatten sich im September und Oktober laut DIHK über 500 Unternehmen aus der Region beteiligt.



Präsident Lula da Silva hat ein Wachstumsprogramm über 12 Mrd Euro angekündigt

Der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen verbesserte sich laut DIHK auf 47 Punkte von 33 Zählern. Die Erwartungen für die Entwicklung der Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten blieben auf einem konstant hohen Niveau: 56% erwarteten bessere Geschäfte, nur 12% eine Verschlechterung. Der Saldo von 44 Punkten blieb laut den Angaben unverändert zur Vorumfrage. Grund für die positive Stimmung im Land seien etwa die angekündigte Vereinfachung des Steuersystems und das von Brasiliens Präsident Luiz Inacio Lula da Silva angekündigte

Wachstumsprogramm, mit dem rund 12 Mrd Euro für Infrastrukturprojekte in neun Handlungsfeldern ausgegeben werden sollten.

„Solche Infrastrukturprojekte haben eine positive Wirkung für eine Reihe von Branchen. Auch deutsche Unternehmen etwa aus dem Maschinen- und Anlagenbau können davon profitieren“, sagte DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier. „Die Investitionspläne der deutschen Unternehmen in Brasilien sind im Herbst 2023 expansiver als im weltweiten Durchschnitt“, hob er hervor. Während 32% planten, ihre Investitionen in den nächsten zwölf Monaten auszuweiten, wollten lediglich 6% geringere Investitionen tätigen. Insbesondere aufgrund der Marktgröße und zur Markterschließung (70%), aber auch zum Zwecke der Diversifizierung (37) wollten Unternehmen ihre Investitionen in Brasilien ausweiten.

Konjunkturrell belebend wirke zudem die gesunkene Inflation, die die Zentralbank dazu veranlasst habe, bereits in mehreren Schritten den Leitzins zu senken. Damit hebe sich das Land etwa von Argentinien ab, wo die Inflationsrate weiterhin im deutlich dreistelligen Bereich liege. Trotz des konjunkturellen Aufschwungs und des relativ stabilen politischen Umfelds sähen Unternehmen insbesondere in einer mangelnden Rechtssicherheit (58%), unsicheren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (45%) und einem schwankenden Wechselkurs (36) Geschäftsrisiken.

Dennoch zeigte sich Treier optimistisch, dass die Unternehmen „das Momentum nutzen“ könnten, im besten Fall mit neuem Schwung durch Fortschritte beim Mercosur-Abkommen. „In der aktuellen Schwächephase der Weltkonjunktur sind die Ergebnisse aus Brasilien ein echter Lichtblick“, sagte er.

DEUTSCHLAND / KONJUNKTUR: GROßINSOLVENZEN NEHMEN UM ÜBER 70% ZU

Die Zahl der großen Pleiten in Deutschland nimmt mit 45 Fällen in den ersten neun Monaten 2023 Kurs auf das Rekord-Niveau von 2020. Im gleichen Zeitraum im Jahr 2022 waren es mit 26 großen Insolvenzen ein gutes Drittel weniger, 2021 waren es gerade mal 17.

Das ist eine Zunahme um 73% gegenüber dem Vorjahr beziehungsweise 165% im Vergleich zu 2021. 2020 markierte den höchsten Stand der Insolvenzen seit 2016 mit damals 58 Großinsolvenzen im Gesamtjahr und 44 Fällen im Vergleichszeitraum in den ersten neuen Monaten.

Insgesamt zwölf große Textilunternehmen und Modeeinzelhändler sowie acht Dienstleistungsunternehmen, darunter sechs Kliniken, schitterten bis September 2023 in die Insolvenz. Das passt zu dem Lagebild des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI), nachdem zwei Drittel der deutschen Kliniken ihre finanzielle Lage aktuell als schlecht oder sehr schlecht bezeichnen, bei den mittelgroßen Kliniken sind dies sogar noch mehr. Im Maschinenbau (5 Fälle) sowie in der Metall- (4) und der Baubranche (3) gab es ebenfalls einige große Pleiten.

Bei den bundesweiten Insolvenzen aller Unternehmensgrößen ist der Trend innerhalb der Branchen sehr heterogen. Im bisherigen Jahresverlauf bis inklusive August 2023 verzeichnete die Baubranche die meisten Insolvenzfälle, gefolgt vom Handel und Unternehmen im Dienstleistungssektor.

Der Handel verzeichnete dabei den stärksten Zuwachs bei den Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, aber auch das Gastgewerbe zeigt schon vor der Mehrwertsteuererhöhung Schwäche. In der Baubranche gab es im bisherigen Jahresverlauf 2023 ebenfalls deutlich mehr Fälle als noch im Vorjahreszeitraum.

Weihnachtsgeschäft in Gefahr

"In diesem Jahr dürften deutlich weniger Geschenke unter dem Weihnachtsbaum landen", sagt Milo Bogaerts, CEO von Allianz Trade in Deutschland, Österreich und der Schweiz. "Die Lebensmittelpreise sind trotz der geringeren Inflationsrate weiterhin hoch. Verbraucher sparen deshalb bei allen anderen Ausgaben: Sie gehen weniger aus, kaufen weniger Kleidung - und Weihnachtsgeschenke. In dieser Wetterlage weht deshalb für viele Mode- und Elektronik-Einzelhändler, einige Spielwarenhersteller und -händler sowie auch teilweise Gastronomen aktuell ein kalter Herbstwind. Dabei ist gerade für diese Branchen das Weihnachtsgeschäft extrem wichtig, um mit etwas Winterspeck in die umsatzschwache „Saure-Gurken-Zeit“ zu Jahresbeginn zu gehen."

In der Gastronomie sind mit der geplanten Erhöhung der bisher reduzierten Mehrwertsteuer noch mehr dunkle Wolken am Horizont zu sehen, die die Branche vor weitere Herausforderungen stellt. "Viele deutsche Unternehmen sind auch in diesen schwierigen Zeiten gut aufgestellt und haben die notwendigen Puffer - aber eben längst nicht alle", sagt Bogaerts. "Wenn Wackelkandidaten dann beispielsweise noch Kredite zurückzahlen oder refinanzieren müssen, beispielsweise aus der Corona-Zeit, kann es schnell kippen."

Weltweiter Anstieg

Die Insolvenzen in Deutschland verzeichnen 2023 nach Einschätzung von Allianz Trade einen Anstieg von voraussichtlich 22%. Das ist der stärkste Anstieg seit der europäischen Schuldenkrise - aber von niedrigem Niveau kommend. Damit normalisiert sich das Insolvenzgeschehen weitestgehend. Am Jahresende dürften die Insolvenzen weiterhin rund 5% unterhalb des Niveaus von vor der Pandemie 2019 liegen und dieses erst nach einem erneuten Zuwachs um 9% im kommenden Jahr überschreiten. Bei den Großinsolvenzen ist die Normalität allerdings schon wieder Realität.

Auch weltweit nehmen die Pleiten wieder an Fahrt auf mit einem Zuwachs von 6%. In Ungarn (149%), Polen (68) sowie in einigen der wichtigsten deutschen Exportmärkte - in den Niederlanden (59%), den USA (47), Frankreich (36) - dürfte es die stärkste Zunahme an Insolvenzen geben. Zu diesem Schluss kommt die aktuelle Insolvenzstudie des Kreditversicherers Allianz Trade.

DEUTSCHLAND / KONJUNKTUR: UNTERNEHMEN BLICKEN MIT GROßER SORGE AUF 2024

Deutschlands Unternehmen blicken mit großer Sorge auf das nächste Jahr: 88% der Unternehmen bewerten die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr eher trübe. Sie erwarten mehrheitlich eine Stagnation oder gar Rezession. Das ergab eine Umfrage des internationalen Kreditversicherers Atradius unter mehr als 480 Firmen.

"Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist besorgniserregend. Hält dieses Klima noch über einen längeren Zeitraum an, wird es für den Wirtschaftsstandort Deutschland deutlich schwerer, erfolgreich zu bleiben", sagt Frank Liebold, Country Director Deutschland beim Kreditversicherer Atradius.



Der Fachkräftemangel bleibt auch 2024 ein großes Problem für Firmen

54% der befragten Unternehmen erwarten eine Stagnation der Konjunktur und 34% eine Rezession. Lediglich 12% rechnen mit einer Erholung, so die Studie. Als größte Herausforderungen sehe die Wirtschaft nach wie vor die anhaltend hohen Energiekosten, den Fachkräftemangel, die Inflation, die geopolitischen Entwicklungen sowie die schwache Konjunktur. "Die Wirtschaft tut ihr Möglichstes, um Produktionsstandorte und Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten, doch die Politik muss dafür verlässliche Rahmenbedingungen schaffen", sagt Frank Liebold.

Insbesondere der Fachkräftemangel sei für viele Unternehmen ein Problem. Nur etwas mehr als ein Drittel der befragten Firmen (37%) gab an, den Mitarbeiterbedarf decken zu können. 14% dagegen können es nicht und knapp die Hälfte nur zu einem Teil.

Auch auf der Rohstoffseite stehen die Zeichen nicht auf Entspannung. 59% erwarten eine

Stagnation der Rohstoffpreise auf dem aktuellen Niveau. 34% gehen gar von einer Steigerung der Rohstoffpreise aus. Lediglich 7% rechnen mit einem Rückgang.

Bei der Frage, in welchen Branchen die Unternehmen im Jahr 2024 überdurchschnittlich viele Insolvenzen erwarten, nannten die befragten Firmen insbesondere die Baubranche, die Gastronomie und den Einzelhandel. "Damit setzt sich ein Trend fort, der sich schon in diesem Jahr abgezeichnet hat", so der Atradius-Manager und ergänzt: "Die genannten Branchen haben auch 2023 bereits mit erheblichen Herausforderungen zu kämpfen gehabt. Daran wird sich auch im kommenden Jahr nichts ändern."

Bemerkenswertes Ergebnis der Umfrage: Obwohl Künstliche Intelligenz derzeit das alles beherrschende Thema ist, ist es für die befragten Unternehmen offenbar noch Neuland. Weniger als 1% der über 480 befragten Unternehmen nutzt KI intensiv. Dagegen geben 44% an, KI gar nicht zu benutzen und 42% nur kaum. Trotz dieses mageren Ergebnisses im Bereich Künstlicher Intelligenz sehen sich knapp 40% der Unternehmen gut bis sehr gut im Bereich Digitalisierung aufgestellt. Interessant sei laut der Umfrage zudem, dass das Thema Berichtspflicht der ESG-Standards kaum eine Rolle spiele. Nur 16% von ihnen prüfen, ob ihre Kunden oder Lieferanten ESG-Kriterien einhalten. 54% prüfen dies nicht, 30% jedoch gaben an, dies in Zukunft zumindest tun zu wollen.

DEUTSCHLAND / RECHT: WOZU EIN VERHALTENSKODEX FÜR LIEFERANTEN?

Ein Verhaltenskodex für Lieferanten hat durch die Anforderungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes noch einmal ganz besonders an Bedeutung gewonnen. Große Unternehmen, die die Sorgfaltspflichten nach diesem Gesetz zu erfüllen haben, geben ihre Verpflichtungen daraus in der Lieferkette weiter, sodass auch nicht davon betroffene Unternehmen ihre eigene Lieferkette „sauber“ halten müssen - natürlich auch gegenüber ausländischen Vorlieferanten.

Die Groß AG eröffnet gegenüber der Klein GmbH, dass sie von ihr nur dann weiter Produkte beziehen könne, wenn sie dadurch nicht ihre Verpflichtungen aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verletze. Der Klein GmbH ist unabhängig davon ein vertrauensvoller Umgang mit ihren Geschäftspartnern wichtig und lässt sich dabei unter anderem von Aspekten wie Integrität, Ethik, Nachhaltigkeit und gesetzeskonformem Verhalten leiten. Es entspricht daher ihrem Selbstverständnis, dass ihre eigenen Lieferanten ethisch und integer handeln sowie die geltenden Gesetze einhalten sollen, auch die aus sogenannten Problemländern. Der Anwalt der Klein GmbH schlägt ihr daher einen Verhaltenskodex für Lieferanten vor, den diese akzeptieren müssten.

Die Lieferanten sollten sich verpflichten, keine Form von Zwangsarbeit zu praktizieren und Kinderarbeit nur in Übereinstimmung mit dem anwendbaren lokalen Recht und den internationalen Mindeststandards. Dabei sollten sie die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Beschäftigung von Arbeitnehmern einhalten und die illegale Beschäftigung wirksam auf der Grundlage fairer und rechtskonformer Verträge und unter Einhaltung der internationalen Mindestarbeitsstandards bekämpfen.

Diskriminierung und Ungleichbehandlung sollten ein absolutes Tabu darstellen. Weiterhin sollten fundamentale Arbeitnehmerrechte beachtet werden sowie faire Arbeitszeiten und eine faire Vergütung gewährleistet sein. Die Lieferanten sollten sich verpflichten, angemessene Anstrengungen zu unternehmen, um in ihren Produkten die Verwendung von Rohstoffen zu vermeiden, die aus Konflikt- und/oder Hochrisikogebieten stammen. Sie sollten weiterhin die anwendbaren Gesetze und Vorschriften über Konfliktminerale einhalten. Darüber hinaus sollten sie sich verpflichten, die geltenden gesetzlichen und internationalen Normen im Bereich des Arbeitsschutzes einzuhalten.

Sonstige Compliance-Maßnahmen

Von den Lieferanten wird erwartet, alle anwendbaren Exportkontrollen, Sanktionen, Zollgesetze und -vorschriften, einschließlich der anwendbaren Handelsbeschränkungen, Embargos und andere Restriktionen für den Import und Export, sowie generell alle außenwirtschaftsrechtlichen Gesetze und Rechtsvorschriften einzuhalten. Außerdem sollten sie angemessene Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass ihre Lieferanten wiederum die in dem Verhaltenskodex dargelegten Grundprinzipien in ihrer ganzen Lieferkette einhalten. Die Lieferanten sollten sich ferner verpflichten, in Übereinstimmung mit nationalen und internationalen Wettbewerbsgesetzen zu handeln und geistiges

Eigentum Dritter nicht zu verletzen. Von ihnen sollte ein klares Bekenntnis abverlangt werden, keine Form von Korruption oder Bestechung zu tolerieren und sich daran weder direkt noch indirekt zu beteiligen. Sie sollten ferner ein Verbot der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung akzeptieren. Schließlich sollten sie ein Beschwerdesystem implementieren, Interessenskonflikte aller Art vermeiden und die Datenschutzvorschriften beachten.

Die Lieferanten sollten sich verpflichten, die jeweils anwendbaren Umweltgesetze, Umweltregularien und Umweltstandards einzuhalten und in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Anforderungen und internationalen Umweltstandards zu handeln. Außerdem sollten sie sich zur Minimierung der Umweltverschmutzung, zur Steigerung ihrer Energieeffizienz, zur Nutzung von erneuerbaren Energien, zur Reduzierung des Wasserverbrauchs und Abfällen sowie zur Sicherstellung ihrer Entsorgung verpflichten.

Fazit: „Damit es auch mit dem Lieferanten klappt“, nur noch eins - die schriftliche Bestätigung des Lieferanten, die in dem Verhaltenskodex festgelegten Grundsätze und Anforderungen einzuhalten.

EUROPA / BESCHAFFUNG: WENIGER WETTBEWERB BEI DER VERGABE ÖFFENTLICHER AUFTRÄGE

In den letzten 10 Jahren ist der Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch nationale, regionale und lokale Behörden in der gesamten EU deutlich zurückgegangen. Zu diesem Schluss gelangt der Europäische Rechnungshof in einem aktuellen Bericht. Zwischen 2011 und 2021 hätten immer weniger Unternehmen an Vergabeverfahren teilgenommen, um öffentlichen Stellen ihre Bauleistungen, Waren und Dienstleistungen anzubieten. Stattdessen hätten sich die Behörden häufig direkt an bestimmte Unternehmen gewandt.

Mit der Reform von 2014 sei es nicht gelungen, die öffentlichen Vergabeverfahren attraktiver zu machen, was den Wettbewerb hätte verstärken und den Mitgliedstaaten dabei helfen können, beim Einsatz von Steuergeldern das bestmögliche Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erzielen. Tatsächlich habe sich die Dauer der Verfahren sogar verlängert, und es gebe weiterhin Probleme mit mangelnder Transparenz.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist für den EU-Binnenmarkt von entscheidender Bedeutung, da sie das Wirtschaftswachstum ankurbelt, Arbeitsplätze schafft und Behörden die Möglichkeit bietet, durch offene und wettbewerbliche Verfahren die bestmöglichen Angebote einzuholen, so die Mitteilung des Europäischen Rechnungshofes.



42% aller Aufträge sind in Tendern mit nur einem Bewerber vergeben worden

2014 reformierte die EU ihre Vergaberichtlinien mit dem Ziel, die Verfahren einfacher, transparenter und innovativer zu gestalten und den Zugang für kleine und mittlere Unternehmen zu erleichtern. Die Entwicklung bei den drei wichtigsten Indikatoren für Wettbewerb – „Verfahren mit nur einem Bieter“, „Direktvergaben“ und „Anzahl der Bieter“ - sei in den meisten Mitgliedstaaten unbefriedigend verlaufen, und beim Wettbewerb kam es zu keiner Verbesserung. 2021 habe der Anteil der Verfahren mit nur einem Bieter einen Höchststand erreicht: So seien 42% aller Aufträge in Ausschreibungen vergeben worden, an denen nur ein Unternehmen teilgenommen habe. Seit 2011 habe sich der

Anteil solcher Vergabeverfahren in der gesamten EU nahezu verdoppelt. Gleichzeitig sei die Zahl der Firmen, die Angebote eingereicht hätten, von knapp sechs auf drei pro Verfahren und damit um fast die Hälfte zurückgegangen.

Für die Vergabe öffentlicher Aufträge hätten sich die Behörden zudem häufig direkt an ein oder mehrere Unternehmen gewandt, um sie zur Einreichung eines Angebots aufzufordern, ohne eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen. Solche Direktvergaben seien zwar unter ganz bestimmten Umständen zulässig, schränkten jedoch den Wettbewerb ein und sollten die Ausnahme bleiben. Direktvergaben hätten jedoch in fast allen Mitgliedstaaten zugenommen und machten rund 16% aller im Jahr 2021 gemeldeten Vergabeverfahren aus.

Die Kommission habe 2017 zwar eine neue Strategie auf den Weg gebracht, jedoch habe sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu wenig unternommen, um die Ursachen für den nachlassenden Wettbewerb zu ermitteln und diese zu bekämpfen. Dazu zählen nach Ansicht der Prüfer der Verwaltungsaufwand, übermäßig restriktive Kriterien und maßgeschneiderte - das heißt auf bestimmte Unternehmen zugeschnittene - Vorgaben sowie die Marktkonzentration.

EUROPA / KONJUNKTUR: OECD SENKT WACHSTUMS- PROGNOSEN FÜR EURORAUM WEITER



Laut OECD wird die Wirtschaft im Euroraum 2024 nur um 0,9% wachsen

Die Wachstumsaussichten für Europa haben sich nach Einschätzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) weiter eingetrübt, während sich die für die USA erneut verbessert haben. Wie aus dem aktuellen Wirtschaftsausblick der Organisation hervorgeht, rechnet die OECD damit, dass das Bruttoinlandsprodukt des Euroraums 2023 um 0,6% (Juni-Prognose: 0,9) steigen wird und 2024 um 0,9% (1,5). Für 2025 werden erneut 1,5% prognostiziert.

Schon im Juni hatte die OECD ihre Prognosen für Europa gesenkt. Für die USA erwartet sie jetzt BIP-Anstiege von 2,4 (1,4), 1,5 (1,4) und 1,7%.

Nach Aussage der OECD wird der private Konsum zwar vom Arbeitsmarkt und steigenden Reallöhnen gestützt, doch belasten zugleich höhere Finanzierungskosten und die Unsicherheit die privaten Investitionen. Die Nettoexporte des Euroraums werden laut OECD in den nächsten beiden Jahren stagnieren und die Fiskalpolitik wird restriktiv sein. „Die monetären Rahmenbedingungen müssen straff bleiben, um eine Disinflation zu gewährleisten“, merkt die Organisation an.

Mit ihren Prognosen für Deutschland ist die OECD noch relativ optimistisch. Sie erwartet für 2023 einen BIP-Rückgang von nur 0,1% (0,0) und für 2024 und 2025 Wachstumsraten von 0,6 (1,3) und 1,2%. Zudem erwartet die Organisation, dass steigende Reallöhne den privaten Konsum stützen werden. Belastungsfaktoren werden demnach der Bausektor und die Exporte sein.

„Allerdings werden die Investitionen außerhalb des Wohnungsbaus allmählich anziehen, da sie durch die hohen Ersparnisse der Unternehmen und den Investitionsbedarf im Zusammenhang mit der Verlagerung von Lieferketten, der Digitalisierung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien gestützt werden“, heißt es in dem Bericht, der allerdings nicht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Haushalt 2021 berücksichtigt.

Frankreichs BIP wird laut OECD um 0,9 (0,8), 0,8 (0,7) und 1,2% steigen. Es fällt auf, dass beim deutschen Nachbarland 2023 und 2024 sowohl Nettoexporte als auch Privat- und Staatskonsum stärker sind als in Deutschland, und dass Frankreich bis 2024 Staatsdefizite von über 4% fahren wird. Die Bundesrepublik wird ihr Defizit dagegen von 2 auf 1% reduzieren. Für Italien werden Wachstumsraten von 0,7 (1,2), 0,7 (1,0) und 1,2% prognostiziert, wobei die OECD hier einen relativ deutlichen Anstieg des Privatkonsums, aber einen rückläufigen Staatskonsum und Defizitquoten von 4 bis 5% unterstellt.

Die oben aufgeführten BIP-Prognosen für die USA bedeuten eine deutliche Heraufstufung für 2023 und eine leichte für 2024. Sowohl Privat- als auch Staatskonsum werden 2023 bis 2025 nach OECD-Schätzungen steigen und das Staatsdefizit mit 7 bis 8% außerordentlich hoch bleiben. Die Organisation sieht ein Problem bei der langfristigen Schuldenragfähigkeit und rät den USA zu einem Rahmen, innerhalb dessen sie die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen wieder herstellen könnte. Die US-Notenbank wird ihre Zinsen laut OECD-Prognose ab Mitte 2024 senken.

EUROPA / ZOLL: EU VERLÄNGERT DAS SCHEMA ALLGEMEINER PRÄFERENZEN

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben laut PwC-Zoll-Newsletter am 22. November die Verordnung (EU) 2023/2663 verabschiedet, die eine Änderung der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen vorsieht.

Seit 1971 gewährt die Europäische Union Entwicklungsländern im Rahmen ihres Präferenzschemas besondere Zollvorteile. Die bestehende Verordnung (EU) Nr. 978/2012 legte die Anwendung dieses Schemas bis zum 31. Dezember 2023 fest, mit Ausnahme der Sonderregelung für die am wenigsten entwickelten Länder, die weiterhin ohne Ablaufdatum gilt. Am 22. September 2021 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine neue Verordnung vor, die die Verordnung (EU) Nr. 978/2012 ersetzen und am 1. Januar 2024 in Kraft treten sollte. Die Geltungsdauer wurde nun bis zum 21. Dezember 2027 verlängert.

FRANKREICH / FORDERUNGSMANAGEMENT: ZAHLUNGSVERZÖGERUNGEN NEHMEN DEUTLICH ZU

Im Jahr 2023 bieten 97% der französischen Unternehmen ihren Kunden Zahlungsfristen an, das durchschnittliche Zahlungsziel beträgt 48 Tage. Trotz Zahlungsfristen waren 82% der befragten Firmen von verspäteten Zahlungen betroffen. Verzögerungen traten häufiger und über längere Zeiträume als im vergangenen Jahr auf. Das sind Erkenntnisse einer Coface-Befragung zu Zahlungserfahrungen französischer Unternehmen.

In Frankreich ist es eine gängige Praxis, dass Unternehmen ihren Kunden ein Zahlungsziel, also einen Lieferantenkredit, einräumen. Unabhängig von der Branche und der Größe des Unternehmens bieten insgesamt 97% ihren Kunden solche Zahlungsfristen an. Die durchschnittliche Frist beträgt 48 Tage und liegt damit über den in Deutschland (32 Tage) oder in Polen (46 Tage) offerierten Fristen. In China hingegen haben Kunden im Schnitt 81 Tage Zeit, um Rechnungen zu begleichen.

82% der Umfrageteilnehmer waren im Jahr 2023 mit Zahlungsverzögerungen konfrontiert. Zum Vergleich: In Polen berichteten zuletzt 61, in Deutschland 76 und in China 83% der befragten Unternehmen von verspäteten Zahlungen, so Coface. Dabei ist die Größe der Firma ein wichtiger Faktor: Der durchschnittliche Zahlungsverzug betrug bei Kleinstunternehmen im Schnitt 42 Tage, bei kleinen und mittleren Firmen 38 Tage und bei größeren Konzernen lediglich 26 Tage.

„Diese Ergebnisse sind umso besorgniserregender, als die Hälfte der Kleinstunternehmen angab, dass verspätete Zahlungen einen sehr wichtigen beziehungsweise kritischen Einfluss auf ihre Liquiditätsslage haben“, sagt Coface-Volkswirt Bruno de Moura Fernandes in einer Mitteilung.

Auch die Insolvenzen steigen

Nachdem die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Frankreich bis Mitte 2022 besonders niedrig war, erreichte sie Ende letzten Jahres wieder das Vor-Pandemie-Niveau. Von Januar bis September

2023 wurden 39.098 Insolvenzen verzeichnet, das sind 34% mehr als 2022 und 4,5% mehr als im Jahr 2019.

Diese Dynamik betrifft alle Branchen und Unternehmensgrößen: Die Zahl der Pleiten stieg sowohl bei Firmen mit einem Umsatz von weniger als 250.000 Euro (8% im Vergleich zum Zeitraum Januar bis September 2019) als auch bei Unternehmen mit mehr als 10 Mio Euro Umsatz (8%).

„Dieser Trend wird sich in den nächsten Quartalen fortsetzen, da die Margen und der Cashflow aufgrund der restriktiven Finanzierungsbedingungen, der geringeren Nachfrage und der steigenden Kosten weiter unter Druck bleiben“, so Bruno de Moura Fernandes.

Osteuropa und Zentralasien

KASACHSTAN / INVESTITIONEN: WIRTSCHAFTSLEISTUNG SOLL BIS 2029 VERDOPPELT WERDEN

Die kasachische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, das Wirtschaftsvolumen des Landes bis 2029 auf 490 Mrd US-Dollar zu verdoppeln, erklärte Premierminister Alikhan Smailov der „Astana Times“ zufolge an.

Im gleichen Zeitraum plant Kasachstan, mindestens 150 Mrd Dollar an ausländischen Investitionen anzuziehen, insbesondere durch die Einführung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Prinzipien (ESG).

Der Premierminister versicherte, dass die Regierung die Dynamik des Wirtschaftswachstums aufrechterhalten und das Investitionsklima verbessern werde, und forderte ausländische Partner auf, in Kasachstan zu investieren. Dafür seien ein gesetzlicher Rahmen und ein institutionelles Umfeld geschaffen, etwa mit dem Gesetz zur Industriepolitik und die Bildung eines neuen Ministeriums für Industrie und Bauwesen.

Smailov würdigte ausführlich die Beiträge der ausländischen Investoren zur erreichten Entwicklung und Gestaltung der weiteren Pläne, die zu neuen Produktionsanlagen, Großprojekten und vor allem zu Tausenden von Arbeitsplätzen geführt haben und weiterhin führen werden.

KASACHSTAN / WINDENERGIE: COP28 TRÄGT FÜR ASTANA FRÜCHTE

Zahlreiche Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien werden in Kasachstan über ein Auktionsmodell umgesetzt. Wind und Solar stehen dabei als Energieformen im Fokus. Für die Nutzung der Windkraft im Land interessieren sich zunehmend auch namhafte internationale Energieunternehmen.

Am Rande der COP 28 in Dubai, der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen, gab Kasachstan Anfang Dezember 2023 den Abschluss von drei größeren Verträgen mit ausländischen Akteuren bekannt. Die dort vereinbarten Projekte sollen mittelfristig für zusätzlich rund 3 GW Leistung bei grünem Strom sorgen und dazu beitragen, dass Kasachstan bis 2060 klimaneutral wird.

Die internationalen Vertragspartner sind die Unternehmen Masdar aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), ACWA Power aus Saudi-Arabien und TotalEnergies aus Frankreich. Die drei Großvorhaben betreffen jeweils den Bereich Windkraft. Ergänzend zu den Windparks sind jeweils auch Batteriespeichersysteme im Gespräch. Um ihre Projekte vor Ort realisieren zu können, setzen derart große Firmen zunächst oftmals schlagkräftige Teams eigener Spezialisten ein. Auf verschiedenen Projektstufen greifen sie erfahrungsgemäß aber auf externes Know-how zurück, was Zulieferchancen für Ausrüster und Dienstleister ermöglicht.

Der französische Energiekonzern TotalEnergies verfügt über mehrjährige Expertise in Kasachstan. Die beiden Unternehmen von der arabischen Halbinsel sind zwar in ausgewählten Ländern Zentralasiens und des Südkaukasus bereits präsent, auf dem kasachischen Energiemarkt aber Newcomer.

Abnahme bei TotalEnergies bereits vereinbart

Für sein kasachische Großprojekt brachte TotalEnergies bereits im Juni den Stromabnahmevertrag unter Dach und Fach. Mit dem staatlichen Zentrum für finanzielle Abwicklung bei erneuerbaren Energiequellen wurden die Bedingungen vereinbart, zu denen der grüne Strom in das öffentliche Netz eingespeist wird. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 25 Jahren. Dem aktuellen Konzept zufolge werden die etwa 200 Windkraftanlagen mit einem Batteriespeichersystem kombiniert. Die Nennkapazität des Systems gibt TotalEnergies mit 600 MWh an.

Total Eren, eine Tochtergesellschaft von TotalEnergies, wird das Vorhaben federführend betreuen. Zur Umsetzung wurde kürzlich mit Aktas Energy eine lokale Projektgesellschaft gegründet. Neben dem französischen Konzern sind die beiden staatlichen Akteure Samruk-Kazyna und KazMunayGas mit jeweils 20% beteiligt.

Bei erneuerbaren Energien ist TotalEnergies bereits mit zwei größeren Photovoltaikanlagen in Kasachstan präsent. Sie produzieren seit 2019 mit einer Leistung von insgesamt 128 MW Peak Solarstrom in den Regionen Zhambyl und Kyzylorda.

Saudischer Park soll ab 2027 grünen Strom liefern

Auch das Anfang Dezember in Dubai vertraglich fixierte Engagement des saudi-arabischen Energiekonzerns ACWA Power in Kasachstan zielt auf den Bau von Windkraftanlagen. Diese sollen ab 2027 Strom produzieren. Die Möglichkeit, die geplanten Windparks um ein Batteriespeichersystem zu ergänzen, wird derzeit geprüft.

Masdar wird bei seinem ersten Projekt in Kasachstan mit mehreren Partnern zusammenarbeiten. Beim Bau von mehreren Windparks ist die VAE-Seite mit dem Investor W Solar zusätzlich vertreten. Für Kasachstan unterzeichneten das staatliche Unternehmen Qazaq Green Power und der Kazachstan Investment Development Fund das Joint Development Agreement für das Projekt.

KIRGISISTAN / KFZ: BROOKS: „DEUTSCHLAND MUSS DAS STOPPEN“

Der Export von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen aus Deutschland nach Kirgisistan ist seit Februar 2022 um 5.500% gestiegen, sagte Robin Brooks, Wirtschaftswissenschaftler am Institute of International Finance in Washington, wie „Akipress“ berichtet.

„Man muss kein Raketenwissenschaftler sein, um zu wissen, dass das ganze Zeug nach Russland geht. Es ist ja nicht so, dass Kirgisistan plötzlich einen massiven Boom erlebt. Deutschland muss das stoppen“, sagte er.

Brooks präsentierte auch Tabellen über chinesische Exporte nach Zentralasien und in den Kaukasus. Er sagte, die Arbeit der Zollbeamten in Zentralasien sei der stressigste Job im Jahr 2023. Zudem erklärte er, dass die offiziellen Importstatistiken nicht mit den deutschen Exportdaten übereinstimmen.

SERBIEN / INVESTITIONEN: BELGRADER REGIERUNG LOCKT UNTERNEHMEN

„Damit Lieferketten und Transportwege kurz und sicher bleiben“, begründete der Vorstandsvorsitzende Hans Jürgen Kalmbach die Eröffnung eines Werkes von Hans Grohe im Juni in Serbien. Das Unternehmen zur Herstellung von Armaturen aus dem Schwarzwald hat sich für Valjevo als einen weiteren Produktionsstandort in Europa entschieden. Hansgrohe wird 85 Mio Euro investieren und bei vollem Betrieb rund 1.000 Arbeitsplätze schaffen.

Größte deutsche Investoren in Serbien		
Unternehmen	Branche	Volumen in Mio Euro
Hemofarm (Stada)	Pharmaindustrie	900
Lidl	Einzelhandel	500
ZF	Autozulieferindustrie	430
Henkel	Chemie	350
Brose	Autozulieferindustrie	190

Quelle: Recherchen von GTAI

Dem Schritt von Hansgrohe könnten weitere Unternehmen folgen. Dafür hat die Bundesregierung die Konditionen für Investitions Garantien für 34 Länder weltweit verbessert. Darunter sind auch Serbien sowie die weiteren Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro und Nordmazedonien. Diese Garantien werden für die Unternehmen nun günstiger. Laut Handelsblatt wird der Selbstbehalt der Unternehmen halbiert, Gebühren und Entgelte reduziert.

Für Serbien waren die Investitions Garantien im Jahr 2022 nicht unerheblich. Mit vier neu registrierten Anträgen lag der Balkanstaat auf Platz 5. Auf Platz 1 lag die Volksrepublik China. Die Bundesregierung will mit der neuen Maßnahme die Diversifizierung vorantreiben und Anreize in Regionen außerhalb Chinas schaffen. Als sinnvoll betrachtet das auch Alexander Markus, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der deutschen Auslandshandelskammer in Belgrad. „Vor dem Hintergrund, dass Serbien in der Einstufung des Länderrisikos auf Stufe 4 ist, kommt die zehnpromtente Senkung der jährlichen Kosten zum Tragen“, sagte Markus am 20. Oktober gegenüber der Deutschen Welle.

Gesamtpaket stimmt

Gerade Serbien bietet ein attraktives Gesamtpaket für Investoren. Das bestätigt auch Mittelständler Hansgrohe, der sich für ein Werk in Valjevo entschieden hat. Valjevo zählt rund 60.000 Einwohner und ist eineinhalb Autostunden von Belgrad entfernt. „Wir haben uns weltweit Standorte angeschaut. Valjevo bietet uns das beste Gesamtpaket. Dies umfasst sowohl die Verfügbarkeit von Fachkräften als auch von Zulieferern. Zudem hat Serbien ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, wodurch international hohe Standards für Investitionen wie unsere gelten“, sagt Frank Semling, Produktionsvorstand bei Hansgrohe. Gleichzeitig überzeuge die Infrastruktur, und von dem neuen Standort aus könne die steigende Nachfrage in Europa gut bedient werden. Die Regierung lockt ausländische Investoren zudem mit Investitionsanreizen in den Balkanstaat. Möglich sind Subventionen von bis zu 70% der förderfähigen Kosten. Die Abwicklung erfolgt über die Razvojna Agencija Srbije. Die staatseigene Entwicklungsagentur begleitet Unternehmen vom ersten Schritt bei der Ansiedlung.

Deutsche Unternehmen haben nach Zahlen der Bundesbank bis einschließlich 2021 knapp 2,6 Mrd Euro in dem Balkanstaat investiert. Lokale Berechnungen gehen sogar von über 4 Mrd Euro aus. Insgesamt zählt die AHK rund 900 deutsche Unternehmen im Land. Damit gehört die Bundesrepublik zu den wichtigsten Investoren in Serbien. Rund 80.000 Beschäftigte arbeiten in deutschen Unternehmen in Serbien.

Naher Osten und mittlerer Osten

ÄGYPTEN / WIRTSCHAFT & POLITIK: VORERST KEINE KURSFREIGABE DES PFUNDES

Am Rande der diesjährigen Klimakonferenz in Dubai äußerte sich die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds Kristalina Georgiewa über den Fortgang des ägyptischen Reformprogramms, dem ein IWF-Kredit in Höhe von 3 Mrd US-Dollar zugrunde liegt. In einem

Fernsehinterview Anfang Dezember erklärte sie, dass die Inflationsbekämpfung Priorität genieße, danach könne sich dem Wechselkursregime gewidmet werden.

Mit anderen Worten: Der Kreditgeber aus Washington scheint die zweite Tranche des 3-Mrd-US-Dollar-Kredits an die Regierung in Kairo auszuzahlen, bevor diese den Wechselkurs des ägyptischen Pfunds freigibt.



IWF-Direktorin Kristalina Georgiewa signalisiert Kompromissbereitschaft

Hintergrund der Äußerung der IWF-Chefin ist die Inflation, die mittlerweile 35% erreicht hat. Die hohen Verbraucherpreise gehen zurück auf die gestiegenen Rohstoffpreise nach der Corona-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Ein weiterer Faktor, der vor allem Entwicklungsländer wie Ägypten betrifft, ist die schwache Landeswährung gegenüber dem US-Dollar, die Importe verteuert. Und weil das Land besonders stark auf Importe angewiesen ist, trägt die Pfundschwäche beziehungsweise die Dollarstärke erheblich zur Inflation bei.

Die ägyptische Zentralbank bekämpft die Inflation mit Leitzinserhöhung, aber auch indem sie den Wechselkurs des Pfundes gegenüber dem US-Dollar so stark wie möglich hält. Zu diesem Zweck setzen die Währungshüter Dollarreserven ein und kaufen damit ägyptische Pfund. Zwar hat die Zentralbank in den vergangenen zwei Jahren drei Abwertungen der Landeswährung zugelassen, wodurch sich der Außenwert des Pfunds halbierte. Eine vollständige Freigabe des Kurses erlaubten die Zentralbanker jedoch nie.

Und so liegt der Wechselkurs zum US-Dollar seit Anfang des Jahres konstant bei 31 Pfund. Als Folge der geldpolitischen Interventionen hat sich ein Schwarzmarkt gebildet. Auf diesem erstaunlich transparenten Schwarzmarkt mit einem geschätzten Volumen von 60 Mrd US-Dollar wird der Dollar mit 46 Pfund gehandelt.

Die ägyptische Regierung will die Abwertung, erst recht die vollständige Kursfreigabe solange aufschieben, bis sich offizieller und Schwarzmarktkurs annähern. Bei Freigabe zum jetzigen Zeitpunkt würde der offizielle Umtauschkurs auf 46 Pfund fallen, was zu einer stark steigenden Inflation führen würde. Eine Abwertung, das zeigten die drei letzten Abwertungen, würde nicht ausreichen, um den Schwarzmarkt auszutrocknen. Die Regierung möchte daher die Kursfreigabe solange hinausschieben, bis der Schwarzmarkt einen Umtauschkurs erreicht, bei dem das Pfund nicht ganz so tief fallen würde.

Alle eilen zur Hilfe

Diese Rallye scheint von einem gegenwärtigen Momentum getrieben zu sein. Das nordafrikanische Land, das südlich an Sudan und nordöstlich an den Gazastreifen angrenzt, hat seit dem Gaza-Krieg eine geopolitische Aufwertung erfahren. Die Stabilität des bevölkerungsreichsten arabischen Landes ist für seine Partner wichtiger denn je. So hat die Europäische Union Mitte November Investitionen von mehreren Milliarden Euro für Ägypten angekündigt, um das Land bei der Bewältigung der erwarteten Flüchtlingsströme zu unterstützen.

Außerdem erwarb ein emiratischer Investor im Rahmen des staatlichen Privatisierungsprogramms für 625 Mio Dollar Anteile der ägyptischen Eastern Tobacco Company - auf Basis des offiziellen

Umtauschkurses. Der Käufer hat also einen Rabatt von mehreren Millionen Dollar liegen gelassen. Weiteres Entgegenkommen vom Golf kommt aus Kuwait, das die Laufzeit seiner Einlagen bei der ägyptischen Zentralbank in Höhe von 4 Mrd Dollar verlängert hat. Schließlich teilte der IWF Ende November mit, wegen der Auswirkungen des Gaza-Krieges die Summe des Kredits von 3 auf 5 Mrd Dollar aufstocken zu wollen. Die Aufholjagd des ägyptischen Pfundes dürfte sich nach dem Interview mit IWF-Chefin Georgiewa also fortsetzen.

SAUDI-ARABIEN / AUSSTELLUNGEN: EXPO 2030 FINDET IN RIAD STATT

Die Weltausstellung 2030 findet in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad statt. Wie das für die Vergabe zuständige Bureau International des Expositions (BIE) in Paris mitteilte, stimmten 119 BIE-Mitgliedstaaten für Riad, das somit in der ersten Abstimmungsrunde die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit erhielt. 29 Stimmen gingen demnach an die südkoreanische Hafenstadt Busan, 17 an Italiens Hauptstadt Rom.

SAUDI-ARABIEN / ENERGIEERZEUGUNG: AMBITIONIERTE AUSBAUPLÄNE

Saudi-Arabien hat für den Stromsektor große Pläne. Im Oktober 2023 erklärte Marco Arcelli, CEO des saudi-arabischen Stromerzeugers ACWA Power, dass 60 bis 80 GW an erneuerbaren Energien bis 2030 hinzukommen müssten, um die angestrebten Kapazitätsziele zu erreichen. Zusätzlich seien neue gasbetriebene Kraftwerke mit einer Leistung von 30 GW erforderlich.

Diese Zahlen dürften die geplanten Kraftwerke in der neuen Entwicklungszone NEOM einschließen. Viele Beobachter halten die Ausbauziele allerdings für wenig realistisch. Dafür schreitet der Ausbau zu langsam voran.

Bei den erneuerbaren Energien sehen die Planungen einen Ausbau der Kraftwerkskapazitäten auf 27,3 GW bis 2023 und auf 58,7 GW bis 2030 vor. Davon sollen 40 GW auf Photovoltaik, 16 GW auf Windenergie und 2,7 GW auf Sonnenwärmekraftwerke entfallen. Hinzu kommen die Solar- und Windkraftprojekte in der neuen Entwicklungszone NEOM. Der tatsächliche Ausbau bleibt jedoch deutlich hinter den Planungen zurück. Neben kleineren Anlagen sind mit Stand November 2023 nur die drei großen Photovoltaikanlagen Sakaka, Jeddah, Rabigh und das Windkraftwerk Dumat al Jandal mit einer Gesamtleistung von 1,3 GW am Netz. Das entspricht knapp 5% des Planziels. Der Anteil der Erneuerbaren an den gesamten Kraftwerkskapazitäten des Landes liegt aktuell bei etwa 1,5%.

Im Bau befinden sich Anlagen mit einer Leistung etwa 10 GW, ohne NEOM. Im November 2023 wurden zwei weitere Projekte für Photovoltaikanlagen vergeben: Al Hinakiyah mit 1,1 GW und Tabarjal mit 0,4 GW. Der Bau der Anlagen wird voraussichtlich im ersten Quartal 2024 auf PPP-Basis beginnen.

Der Betreiber des 1,2 Mrd US-Dollar teuren Al-Hinakiyah-Projekts ist ein Konsortium aus Électricité de France, Masdar aus Abu Dhabi und der lokalen Nesma Group. Die chinesischen Unternehmen Jinko Power und Sun Glare China realisieren gemeinsam mit der Sunlight Energy Group aus New York das 440-Mio-Dollar-Projekt Tabarjal. Die Investoren haben mit der Saudi Power Procurement Company (SPPC) Stromabnahmeverträge mit einer Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen.

Großaufträge in Milliardenhöhe

Die Neuaufträge für den Bau konventioneller Kraftwerke überstiegen bis November 2023 deutlich die Auftragsvergaben für Erneuerbare Energien. Für sechs Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 6,2 GW wurden Verträge im Gesamtwert von 4,3 Mrd Dollar abgeschlossen.

In den nächsten zwei bis drei Jahren könnten Erneuerbare-Energie-Projekte mit einer Gesamtleistung von bis zu 15 GW vergeben werden. Zu den Kraftwerken, die 2024 möglicherweise vergeben werden, gehören zwei Projekte der vierten Ausschreibungsrunde des National Renewable Energy Programm (NREP) sowie fünf Vorhaben der fünften Ausschreibungsrunde. Die Kapazitäten der drei

Wind- und vier Solarprojekte summieren sich auf 5,5 GW. Das NREP liegt in der Zuständigkeit der SPPC, die zum Energieministerium gehört. Alle Vorhaben sind PPP-Projekte. Dem stehen Aufträge für Gaskraftwerke in Höhe von 7,5 Mrd Dollar gegenüber.

Im Jahr 2023 wurden Kapazitäten von 8,4 GW für konventionelle Kraftwerke vergeben. Davon entfallen 7,2 GW auf vier kombinierte Gas- und Dampfturbinenanlagen in Quassim und Taiba. Siemens erhielt Aufträge zur Lieferung von Gasturbinen. Ferner wird das Rabigh GuD-Kraftwerk in Mekka um 1,2 GW erweitert.

Zwei weitere große Kraftwerke könnten 2024 ausgeschrieben werden. Die SPPC will in Al Khafji ein GuD-Kraftwerk mit 3,6 GW als PPP-Projekt vergeben. Die Kosten dürften sich auf 4 Mrd Dollar belaufen. Eine ähnliche Anlage ist für Riad geplant.

Aufgrund des Hochlaufs der Erneuerbaren wurden viele konventionelle Kraftwerksprojekte vorläufig gestoppt. Entscheidungen, welche dieser Vorhaben zukünftig umgesetzt werden sollen, stehen noch aus.

Welt

WELT / KONJUNKTUR: GLOBALER HANDEL GEHT ZURÜCK – CONTAINERMENGE IM ROTEN MEER UNTER DEN ERWARTUNGEN

Der weltweite Handel ist im November zurückgegangen. Das jüngste Update des Kiel Trade Indicator weist für den weltweiten Handel und den Handel großer Volkswirtschaften auf einen eher durchwachsenen Handelsmonat hin. Der Welthandel ging demnach im Vergleich zum Vormonat Oktober preis- und saisonbereinigt um 0,9% zurück, wie das Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) erklärte.

In Deutschland trete der Handel auf der Stelle. Zu der schwachen Entwicklung passe, dass auch die Menge an verschifften Standardcontainern gesunken sei. „Speziell der deutsche Außenhandel durchläuft zurzeit eine anhaltende Schwächephase“, erklärte das Institut.

Der Schiffsverkehr im Roten Meer liegt laut IfW deutlich unter dem eigentlich zu erwartenden Aufkommen. Dies dürfte aber in erster Linie konjunkturelle Ursachen haben, die Auswirkungen des Nahost-Konflikts sollten sich erst mittel- bis langfristig zeigen.

„Es klappt immer wieder eine Lücke zwischen der tatsächlichen und der zu erwartenden Containermenge im Roten Meer, weil China unabhängiger vom Handel mit dem Westen und Deutschland wird. Der jüngste Rückgang der Frachtmenge dürfte in erster Linie konjunkturelle Ursachen haben und noch keine Folge der jüngsten gezielten Angriffe auf Handelsschiffe im Roten Meer sein“, sagte Vincent Stamer, Leiter des Kiel Trade Indicator.



Für die EU ist der Ex- und Importzuwachs mit 1,4 und 1,1% leicht positiv

Für die Europäische Union sind die Handelszahlen der Untersuchung zufolge sowohl bei den Exporten mit einem Zuwachs von 1,4% als auch bei den Importen mit einem Plus von 1,1% leicht positiv.

Der Außenhandel Deutschlands folgt auch im November einer anhaltenden Schwächephase. Die Exporte stehen mit 0,7% leicht im Plus, die Importe hingegen verzeichnen ein Minus von 1,1%.

„Der deutsche Außenhandel wächst seit Ausbruch der Corona-Pandemie im Grunde nur noch, weil die Preise steigen. Inflationsbereinigt bewegen sich Ex- und Importe seit Jahren mehr oder weniger auf der Stelle“, sagt Stamer. Auf Basis der Daten des Kiel Trade Indicator sei hier kurzfristig keine Besserung in Sicht. Im deutschen Außenhandel komme wegen der schwachen Konjunktur und der hohen Zinsen daher wohl keine Weihnachtsstimmung auf.

In den USA dürften die Exporte laut IfW mit einem Plus von 0,1% auf Vormonatsniveau liegen, die Importe um 1,5% leicht ansteigen. Für China weisen die Werte des Kiel Trade Indicator ein leichtes Plus beziehungsweise eine grüne Null bei den Exporten von 0,6% und ein Minus bei Importen von 2,6% aus.

Die wenig positiven Aussichten für den Novemberhandel schlagen sich auch in der Menge an weltweit verschifften Standardcontainern nieder. Sie ist im November im Vergleich zum Oktober um über 1% gefallen und liegt damit wieder unter der Marke von 14 Mio Stück.

Speziell im Roten Meer ist die Menge an verschifften Standardcontainern gesunken. Im November sind dort gut 500.000 Container transportiert worden, aufgrund von Erfahrungswerten aus den Jahren 2017 bis 2019 wären knapp 600.000 Stück zu erwarten gewesen.

WELT / KONJUNKTUR: GLOBALES WIRTSCHAFTS- WACHSTUM AUF 2% IM JAHR 2024 REVIDIERT

Inmitten eines strauhelnden globalen Wirtschaftsumfelds, das durch ein verbessertes Verbrauchervertrauen und einen vorübergehenden Stopp der Zinserhöhungen gekennzeichnet ist, wurde die Prognose für das reale BIP-Wachstum 2023 auf 2,4% nach oben korrigiert, unterstützt durch eine robuste Beschäftigungslage und umfangreiche fiskalische Anreize.

Jedoch haben wieder aufkeimende Inflationssorgen aufgrund steigender Energiepreise und eskalierender geopolitischer Krisen zu Unsicherheiten geführt. Diese sorgten zu einer Abwärtskorrektur für das globale Wirtschaftswachstum 2024 um 0,2 Prozentpunkte auf 2%, so das Analyseunternehmen GlobalData.

Dessen neuester Bericht, „Global Macroeconomic Outlook - Q4 2023 Update“, zeigt, dass die Region Asien-Pazifik (APAC) im Jahr 2023 mit der höchsten Wachstumsrate an der Spitze stehen wird. Allerdings wurde die Wachstumsprognose für APAC im vierten Quartal nach unten korrigiert, und zwar auf 3,7 gegenüber 3,8% im dritten Quartal, hauptsächlich aufgrund von Herausforderungen in China und einem Rückgang der Auslandsnachfrage.

Auch in der Region Naher Osten und Afrika (MEA) wurden die Wachstumsprognosen nach unten korrigiert (2,8% im vierten Quartal gegenüber 1,9 im dritten Quartal 2023), was auf anhaltende geopolitische Spannungen und einen Rückgang der Ölproduktion zurückzuführen ist. Positiv zu vermerken ist aber, dass die Wachstumsprognosen für Europa (0,9% gegenüber 0,6) und Nord- und Südamerika (2,1% bis 1,2) angehoben wurden, was auf ein verbessertes Verbrauchervertrauen und einen Rückgang der Inflation zurückzuführen ist.

„Der anhaltende Konflikt zwischen Israel und Hamas hat potenzielle wirtschaftliche Auswirkungen auf die ganze Welt, insbesondere auf die Ölpreise angesichts der zunehmenden Spannungen im Nahen Osten. Eine weitere Eskalation könnte die Energiekosten über einen längeren Zeitraum hinweg in die Höhe treiben, was sich auf verschiedene Sektoren auswirken und das globale Wirtschaftswachstum verlangsamen könnte“, kommentiert Ramnivas Mundada von GlobalData.



GlobalData sieht für die USA für 2024 eine Verlangsamung des Wachstums auf 0,8%

Die USA werden 2024 eine deutliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums erleben, das von 2,1% im Vorjahr auf schätzungsweise 0,8 sinken wird, was in erster Linie auf die Auswirkungen einer strafferen Geldpolitik zurückzuführen ist. Trotz der erwarteten Lockerung wird die Inflation voraussichtlich über dem 2%-Ziel der Federal Reserve bleiben.

Europa sieht sich einem fragilen Aufschwung gegenüber, der durch eine knappe Finanzierung, einen anhaltenden Preisdruck und die Ungewissheit über den Ukraine-Krieg beeinträchtigt wird. Die Schwellenländer rechnen nach einem robusten Jahr mit einer Wachstumsverlangsamung im Jahr 2024.

Laut GlobalDatas Analyse von Daten der Welthandelsorganisation wurde die Prognose für das Wachstum des Welthandelsvolumens 2023 im Oktober um 0,9 Prozentpunkte auf 0,8% nach unten korrigiert, verglichen mit der Prognose vom April.

WELT / LOGISTIK: WASSERSTAND DES PANAMAKANALS UND DESSEN AUSWIRKUNGEN

Die Online-Plattform Container xChange informierte in einem Update über die weitreichenden Auswirkungen der anhaltenden Krise des Panamakanals auf den Welthandel und die Containerschiffahrtsbranche. Die Segmente Dry Bulk und LNG haben demzufolge die Hauptlast der eingeschränkten Transitmöglichkeiten zu tragen, insbesondere aufgrund ihrer Ad-hoc-Planung.

Im Gegensatz dazu hatte die Linienschiffahrt nur mit minimalen Folgen der Transitbeschränkungen zu kämpfen, war aber erheblich von der Verringerung des Tiefgangs im Panamakanal betroffen. „Der maximale Tiefgang wurde von 50 auf 44 Fuß verringert, wobei jeder Fuß weniger Tiefgang einen ‚Verlust‘ von 400 TEU Kapazität bedeutet. Folglich kann ein durchschnittliches Containerschiff jetzt 2.400 TEU weniger transportieren“, erklärte Christian Roeloffs, CEO von Container xChange.

Der Panamakanal, der derzeit vom größten Chaos verschont bleibt, findet einen unerwarteten Verbündeten in Form der Nachfrageschwäche. Diese verhindert Unterbrechungen, die für die Verlager im Handel Richtung Westen eine erhebliche Herausforderung dargestellt hätten.

Zu den unmittelbaren Auswirkungen gehört eine Halbierung der Zahl der Schiffe, die den Kanal passieren, was dazu führt, dass Reedereien Schiffe umleiten, Fahrten ausfallen lassen, die Transitzeiten verlängern und die Kosten für die Schifffahrt in nächster Zeit möglicherweise steigen.

Die mittel- bis langfristigen Auswirkungen der Situation des Panamakanals werden sich leicht über das Jahr 2024 erstrecken, da die Umweltprobleme irreversibel sind und die Leistungsfähigkeit des Kanals mit der Zeit abnehmen wird. Zu den anhaltenden Herausforderungen, die durch die Wassersparmaßnahmen entstehen, gehören längere Wartezeiten, Kapazitätsbeschränkungen und eine zusätzliche Belastung der Schiffsfahrpläne. Maßnahmen wie die Einschränkung von Buchungslots und die Anpassung der Gewichtsanforderungen für Schiffe haben die Wartezeiten weiter verlängert.



Viele Reedereien haben eine Gebührenerhöhung für den Transit angekündigt

Container xChange erwartet, dass die daraus resultierenden Unterbrechungen der Lieferkette auf die gesamte Branche ausstrahlen und sich wohl auch auf die Containerpreise auswirken werden. Mehrere Reedereien haben bereits neue Gebühren für den Panamatransit angekündigt, darunter MSC, die ab dem 15. Dezember Panama Canal Surcharges in Höhe von 297 US-Dollar/Container erheben wird.

Nach Angaben der Panamakanal-Behörde hat sich die durchschnittliche tägliche Wartezeit für nicht gebuchte Schiffe, die auf die Durchfahrt warten, von 2,5 Tagen am 4. November 2023, auf 9,3 Tage am 28. November für Schiffe in Richtung Norden erhöht. Bei Schiffen, die in Richtung Süden unterwegs sind, ist ein ähnlicher Trend zu beobachten, so dass die durchschnittliche Wartezeit 10,5 Tage beträgt.

Als Reaktion auf die Krise leiten die Spediteure mehr Volumen an die Westküste der USA um oder entscheiden sich für Routen über den Suezkanal. Der potenzielle Anstieg des intermodalen Verkehrsaufkommens dort könnte sich auf deren Kapazität und Effizienz auswirken und zu höheren Kosten oder Verzögerungen für Unternehmen führen, die auf diese Dienste angewiesen sind.

WELT / RECHT: PRAXISWISSEN: FACTORING

Wenn es das Ziel eines Unternehmens ist, fortlaufend sofortige Zahlung auf ihre auch erst später entstehenden, noch unbekanntem und überwiegend kurzfristigen Forderungen zu erhalten, vor Forderungsausfällen geschützt zu sein und darüber hinaus ein effektives Debitorenmanagement mit einem sofortigen Liquiditätszufluss zu verwirklichen, gibt es eine eindeutige Antwort: Factoring. Die E-Tools GmbH vertreibt in großer Stückzahl hergestellte elektronische Bauteile. Sie hat eine breite Streuung des Debitorenbestands, aber einen gleichbleibenden Abnehmerkreis und räumt ihren Käufern Zahlungsfristen von bis zu 90 Tagen bei Inlandsverkäufen und bis zu 180 Tagen bei Auslandsverkäufen ein. Die Handelsrechnungen belaufen sich durchschnittlich über 200 Euro. Die E-Tools GmbH erzielt bei stark anwachsenden Umsätzen einen Jahresumsatz von über 1,5 Mio Euro, verfügt aber nur über geringe Eigenmittel und hat hohe Außenstände bei gleichzeitig hohem Wareneinsatz. Im Einkauf könnte sie bei ausreichender Liquidität durch die Ausnutzung von Skonti Kosten sparen.

Funktionsweise

Beim Factoring kauft ein Factoringinstitut nicht bereits anderweitig abgetretene Forderungen eines Lieferanten, bei denen ein geringes Ausfallrisiko besteht, und zahlt ihm den Kaufpreis, der dem Forderungsbetrag mit einem Abzug von in der Regel 10% entspricht, sofort aus. Der Rest wird nach Zahlungseingang bei dem Institut an den Lieferanten weitergeleitet. Betroffen sind überwiegend kurzfristige Forderungen. Das Factoringinstitut prüft vor dem Abschluss des Factoringvertrags und fortlaufend danach die Bonität der Abnehmer des Lieferanten. Diese erbringen Zahlungen gegenüber dem Factoringinstitut, das das Risiko möglicher Zahlungsausfälle trägt.

Das Factoringinstitut übernimmt die Aufgabe, Forderungen bei den Kunden des Lieferanten anzumahnen beziehungsweise das Inkasso dieser Forderungen durchzuführen. Hierfür berechnet dieses dem Lieferanten eine Gebühr, die sich üblicherweise auf etwa 0,1 bis 1,5 % der angekauften Forderungsbeträge beläuft. Darüber hinaus fallen zu Lasten des Lieferanten Zinsen an, die in etwa der

Höhe des marktüblichen Zinssatzes für Kontokorrentkredite für den Zeitraum bis zum Eingang des Rechnungsbetrags entsprechen, da das Factoringinstitut durch die sofortige Zahlung des Kaufpreises an den Lieferanten in Vorleistung tritt.

Vorteile

Das Factoring sichert dem Lieferanten einen sofortigen Liquiditätszufluss, sodass er seine eigenen Zahlungsverpflichtungen besser planen und die zugeflossene Liquidität zur Ausnutzung von Skonti auf der Einkaufsseite verwenden kann. Er erlangt einen absoluten Schutz vor Forderungsausfällen und lässt das Debitorenmanagement vom Factoringinstitut erledigen. Dadurch verringert sich - anders als bei der Inanspruchnahme eines Kontokorrentkredits - die Eigenkapitalquote des Lieferanten nicht, sodass sich weitere Finanzierungen nicht durch eine Verschlechterung der Bonität des Lieferanten verteuern. Außerdem wird die Bilanz des Lieferanten durch das Factoring verkürzt. Im Rahmen des Debitorenmanagements wird dem Lieferanten ein Online-Zugang zu dem Factoringinstitut eingeräumt, damit er wie bei der eigenen Buchführung Einsicht in die Konten nehmen kann, die die von ihm an das Institut verkaufte Forderung abbilden. Dafür bedarf es jedoch einer IT-Struktur. Der Lieferant kommt durch das Debitorenmanagement jedoch in den Genuss der Professionalität und der Marktstellung des Instituts bei der Forderungsdurchsetzung.

WELT / WIRTSCHAFT & POLITIK: REFORMIERUNG DER INVESTITIONSABKOMMEN NOTWENDIG

Im Dezember 2022 hatten sich fast 140 Länder auf eine globale Mindeststeuer von 15% für große multinationale Unternehmen geeinigt, ein großer Schritt in Richtung Steuerstandardisierung. Ein UNCTAD-Bericht untersucht die potenziellen rechtlichen Herausforderungen im Rahmen internationaler Investitionsabkommen (IIAs) und die Wahrscheinlichkeit von Investor-Staat-Streitigkeiten, wenn sich Länder an das neue globale Steuersystem anpassen. Schnelle Reformen sind das Gebot der Stunde.



Der UNCTAD-Bericht betont die Dringlichkeit einer Reform der IIAs

Steuerrechtliche Ansprüche machen etwa 15% aller bisher öffentlich bekannten Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren (ISDS) aus. Der Bericht bewertet vier IIA-Standards, die wahrscheinlich die meisten Spannungen verursachen werden.

Faire und gerechte Behandlung: Diese Bestimmung, die in älteren IIAs üblich ist und in ISDS-Fällen häufig angeführt wird, könnte aufgrund ihres weit gefassten Charakters Herausforderungen für die Umsetzung der globalen Mindeststeuer mit sich bringen, insbesondere in Bezug auf Steueranreize in Sonderwirtschaftszonen oder anderweitig individuell ausgehandelte Sondersteuerregelungen.

Umbrella-Klausel: Diese Klausel bezieht die Verpflichtungen einzelner Staaten in den IIA-Rahmen ein, was in ISDS-Fällen zu rechtlichen Komplikationen führt. Obwohl sie in neuen IIAs weniger häufig vorkommt, bleibt sie in älteren Abkommen eine potenzielle Streitquelle, da sie sich auf Steuereinfrigerungsklauseln in Investor-Staat-Verträgen erstreckt.

Nicht-Diskriminierungsregeln: Diese Regeln, die die Inländerbehandlung und die Meistbegünstigung einschließen, können zu Spannungen führen, da Unternehmen innerhalb und außerhalb des

Anwendungsbereichs der vorgeschlagenen Regeln zur Umsetzung der globalen Mindeststeuer unterschiedlich behandelt werden können.

Enteignungsvorschrift: Zum Schutz vor einer Enteignung betrachtet diese Bestimmung eine „konfiskatorische“ Besteuerung als indirekte Enteignung. Insgesamt ist es jedoch sehr unwahrscheinlich, dass der vereinbarte Mindestsatz von 15% den Schwellenwert einer „wesentlichen Enteignung“ erreicht, wie er im Allgemeinen von ISDS-Tribunalen gefordert wird.

Der Bericht stellt fest, dass sich bestimmte Standards internationaler Investitionsabkommen auf nationale Steuererhebungsmethoden und die Wirksamkeit der globalen Mindeststeuer auswirken könnten. Zudem könnte die Rücknahme bestimmter Steueranreize, wie die für Sonderwirtschaftszonen ausgehandelten, mit dem Standard für faire und gerechte Behandlung und der Umbrella-Klausel in Konflikt geraten kann.

Die UNCTAD hält jedoch eine „Klagewelle“ für unwahrscheinlich. Stattdessen könnten multinationale Unternehmen potenzielle Rechtsstreitigkeiten als Verhandlungsinstrument für andere Vorteile nutzen, wie etwa niedrigere Zölle oder geänderte Vereinbarungen zur Produktionsaufteilung. Der Bericht unterstreicht die Dringlichkeit einer Reform der IIAs zur Unterstützung der globalen Mindeststeuer.